

Antisemitismus

in verfassungsfeindlichen Ideologien
und Bestrebungen

INFO



Vorwort

*„Wir bekämpfen den Antisemitismus!
Wir trotzen dem Gift des Nationalismus!
Wir schützen jüdisches Leben!
Wir stehen an der Seite Israels!“*

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Am 9. Oktober 2019 wurde uns allen das gewalttätige Potenzial des Antisemitismus vor Augen geführt. An diesem Tag, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, versuchte ein Rechtsterrorist in Halle (Saale) in die dortige Synagoge einzudringen. Mit der Absicht, möglichst viele Jüdinnen und Juden zu töten. Nachdem ihm dies nicht gelang, tötete er im Umfeld der Synagoge zwei andere Menschen.

Diese grauenvolle Tat ist leider kein singuläres Ereignis. Vielmehr werden wir seit Jahren mit einem verfestigten Antisemitismus in Teilen unserer Bevölkerung konfrontiert. Aussagen wie etwa „die Juden haben zu viel Einfluss“, „die Juden reden zu viel über den Holocaust“ oder „die Juden sind für die meisten Kriege auf der Welt verantwortlich“ stimmen in entsprechenden Umfragen regelmäßig zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten zu. Hinzu kommen hohe Fallzahlen antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten. So gab es in Berlin in den vergangenen Jahren nahezu täglich eine antisemitisch motivierte Straftat. In Erinnerung geblieben sind auch die Fälle eines jüdischen Restaurantbesitzers, der in Schöneberg über Minuten antisemitisch von einem Passanten beschimpft wurde, oder eines Rabbiners, der auf dem Heimweg von der Synagoge mit seinem Kind angegriffen und antisemitisch beleidigt wurde, oder schließlich eines Kippatragers im Prenzlauer Berg, der mit einem Gürtel attackiert wurde.

Dies sind nur einige beängstigende Beispiele dafür, wie stark und mit welcher Kontinuität sich antisemitisches Gedankengut in bestimmten Gefühls- und Denkstrukturen verankern konnte. Auch diese Broschüre wird keinen auch nur im Ansatz nachvollziehbaren Grund für diese fortdauernde Existenz von Antisemitismus liefern. Sie wird aber zeigen, dass Antisemitismus und Verfassungsfeindlichkeit eine lange gemeinsame Tradition verbindet. Hinzu kommt, dass Antisemitinnen und Antisemiten immer offener und aggressiver auftreten und damit auch eine Grenzverschiebung im öffentlichen Diskurs forcieren. Hass und Vorurteile werden als „freie Meinungsäußerungen“ postuliert.

An dieser Grenzverschiebung sind Verfassungsfeinde maßgeblich beteiligt. Das Bedienen antisemitischer Vorurteile wird gezielt als Einfallstor genutzt, um zentrale Pfeiler unseres demokratischen Systems zu attackieren. Bemerkenswert ist dabei, wie ähnlich sich Verfassungsfeinde jeglicher Couleur bei der Benutzung antisemitischer Stereotype sind. Antisemitismus ist ein Phänomen, das sowohl unter Rechtsextremisten als auch unter Islamisten und Linksextremisten verbreitet ist.

Diese Broschüre verfolgt insofern ein doppeltes Ziel: Zum einen soll in aller Deutlichkeit auf die Unvereinbarkeit antisemitischen Gedankengutes mit zentralen Grundsätzen unserer Verfassungs- und Gesellschaftsordnung hingewiesen werden. Darüber hinaus sollen diese Ausführungen helfen, antisemitische Stereotype – unabhängig davon, aus welchem verfassungsfeindlichen Spektrum sie stammen – zu erkennen und klar als solche zu benennen. Dies ist in den Fällen des traditionellen Antisemitismus, der von Neonazis und Holocaustleugnern verbreitet wird, meist offensichtlich. Daneben haben sich aber in den vergangenen Jahren auch subtilere Formen des Antisemitismus entwickelt, in deren Zentrum vor allem der Hass auf den Staat Israel steht.

Neben der Ächtung jeder Form des Hasses auf Jüdinnen, Juden, das Judentum und Israel sowie einer konsequenten Verfolgung aller antisemitischen Straftaten ist die Aufklärung über die Erscheinungsformen des Antisemitismus ein zentrales Element in der Strategie zur Bekämpfung von Juden Hass und Judenfeindschaft. Dazu leistet der Berliner Verfassungsschutz mit dieser Broschüre einen Beitrag.



Andreas Geisel
Senator für Inneres und Sport

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3		
1. Definition	9		
Erscheinungsformen des Antisemitismus	12		
Ältere Ideologieformen des Antisemitismus	13		
Neuere Ideologieformen des Antisemitismus	16		
Verfassungsschutzrelevanz	20		
<hr/>			
2. Die Entwicklung des Antisemitismus in verfassungsfeindlichen Bestrebungen nach 1945	23		
<hr/>			
3. Antisemitismus im rechtsextremistischen Spektrum Berlins	31		
Verschwörungstheorien	32		
Relativierung und Leugnung des Holocaust	36		
Israelhass und israelbezogener Antisemitismus	40		
<hr/>			
4. Antisemitismus im islamistischen Spektrum Berlins	43		
Salafismus	45		
Islamistischer Terrorismus	47		
HAMAS	51		
„Hizb Allah“	53		
Der „al-Quds-Tag“ und andere antisemitische Demonstrationen	55		
„Hizb ut-Tahrir al-islami“	58		
„Muslimbruderschaft“	60		
„Millî Görüş-Bewegung“	62		
		5. Antisemitismus in extremistischen Bestrebungen ausländischer Organisationen (ohne Islamismus)	65
		„Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)	66
		„Ülkücü“-Bewegung	68
		„Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)	69
		<hr/>	
		6. Antisemitismus im linksextremistischen Spektrum Berlins	73
		<hr/>	
		7. Gegenmaßnahmen	77
		<hr/>	
		Anhang	83
		Endnoten	84
		Bildnachweis	89
		Publikationsübersicht	90

1.

Definition

1. Definition

Beim Antisemitismus handelt es sich um ein komplexes und dynamisches Phänomen. Obwohl es zahlreiche Versuche gab und gibt, Antisemitismus zu definieren, existiert bislang keine allgemeingültige Definition des Begriffes. Zwar lässt sich Antisemitismus terminologisch vereinfacht mit „Judenfeindschaft“ gleichsetzen, darüber hinaus existieren in der Öffentlichkeit und auch der Wissenschaft allerdings eine Vielzahl von Erklärungen, die diese Begriffsbestimmung einordnen und konkretisieren.

In Berlin bildet die Arbeitsdefinition Antisemitismus der „Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken“ (IHRA) in ihrer durch die Bundesregierung erweiterten Form die Grundlage des Verwaltungshandelns zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus.¹ Diese Arbeitsdefinition lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, der sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“²

Die IHRA hat darüber hinaus auf ihrer Homepage verschiedene Beispiele dafür veröffentlicht, wie sich Antisemitismus in der Öffentlichkeit, den Medien, in Schulen oder auch am Arbeitsplatz äußern kann. Dazu gehören u. a.:

- *Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung [...].*
- *Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.*
- *Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden. [...]*
- *Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.*
- *Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird. [...]*
- *Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.*
- *Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.³*

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Antisemitismus hat in den vergangenen Jahrhunderten zu Diskriminierung, Unterdrückung, Vertreibung und der systematischen Vernichtung von Jüdinnen und Juden geführt. Judenfeindschaft und die Zerrbilder, die von Jüdinnen und Juden, aber auch von jüdischer Kultur gezeichnet und immer weiter fortgeschrieben wurden, zählen zu den ältesten sozialen, politischen und kulturellen Ressentiments überhaupt.⁴ Diese ‚Feindschaft gegen Juden als Juden‘ basiert auf einer Mischung unterschiedlicher Behauptungen, Stereotype und Vorurteile, die in Pauschalisierungen, Negativwertungen und schließlich Hassbilder münden.

Der „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ des Deutschen Bundestages unterscheidet in seinem Bericht aus dem Jahr 2017 zwischen zum Teil jahrhundertealten und neueren Erscheinungsformen des Antisemitismus:⁵

Der „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ des Deutschen Bundestages unterscheidet in seinem Bericht aus dem Jahr 2017 zwischen zum Teil jahrhundertealten und neueren Erscheinungsformen des Antisemitismus:⁵



Ältere Ideologiefornen des Antisemitismus

Religiöser Antisemitismus

Der religiöse Antisemitismus ist die älteste Form der Judenfeindschaft. Mit der Durchsetzung des Christentums als ‚Staatsreligion‘ im Römischen Reich im 3. und 4. Jahrhundert ging die Ablehnung und Diffamierung anderer Religionen einher. Juden wurden als „Söhne des Teufels“ bezeichnet, und ihnen wurde die Schuld am Tod Jesus Christus zugeschrieben. Mit der Bezeichnung der Juden als „Gottesmörder“ wurde bereits zu diesem Zeitpunkt eines der beständigsten antisemitischen Stereotype begründet. Im Mittelalter wurde dies durch weitere Unterstellungen und Verleumdungen erweitert. Dazu gehören insbesondere die Vorwürfe vom „Ritualmord“ und dem „Hostienfrevel“. Juden sollen in ihren Ritualen christliche Kinder entführt und ermordet bzw. geweihte Hostien geschändet haben, um das Leiden Jesus Christus bei der Kreuzigung zu verhöhnen.

Sozialer Antisemitismus

Diese zweite Ausprägung des Antisemitismus zielt auf den sozialen Status von Juden in der Gesellschaft ab. Da Juden im Mittelalter die Ausübung vieler Berufe untersagt und die Geldwirtschaft für Christen aufgrund des kanonischen Zinsverbotes uninteressant war, waren viele Juden zwangsläufig im Geldverleih und Handel tätig. Dies veränderte die gesellschaftliche Wahrnehmung von Juden massiv. Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit wurden sie als „Ausbeuter“, „Wucherer“ und „unproduktive Händler“ diffamiert. Das Zerrbild des „geldgierigen und finanzmächtigen Juden“ ist bis heute eines der verbreitetsten und wirkmächtigsten antisemitischen Vorurteile und hat damit einen großen Anteil an der Verbreitung jüdenfeindlicher Hetze.

Politischer Antisemitismus

Die Vorstellung der Juden als homogenes Kollektiv, das über erhebliche soziale und politische Macht verfügt, steht im Zentrum des sogenannten politischen Antisemitismus. Erste Ansätze dafür gab es bereits im Mittelalter als gegen Juden der Vorwurf der „Brunnenvergiftung“ erhoben wurde. Juden wurde insbesondere während der Verbreitung der Pest vorgeworfen, sich gegen das Christentum zu verschwören und durch die Vergiftung des Trinkwassers Seuchen und Epidemien unter der Bevölkerung zu verbreiten. Damals und auch in den folgenden Jahrhunderten lautete der Vorwurf an die Juden, dass sie durch geheime Planungen und Verschwörungen die Herrschaft an sich zu reißen versuchen. Seitdem konstruieren und verbreiten Antisemitinnen und Antisemiten weltweit ideologische Konstrukte, in denen Juden als die treibenden Kräfte hinter gesellschaftlichen Umbrüchen, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen dargestellt werden. Solche Verschwörungstheorien bis hin zur Existenz einer „jüdischen Weltverschwörung“ haben mit dem Aufkommen des Internets und speziell der sozialen Medien einen enormen Resonanzraum bekommen. Sie sind damit regelmäßig Bestandteil aktueller antisemitischer Propaganda.

Nationalistischer Antisemitismus

Der nationalistische Antisemitismus definiert Juden als eine ethnische, kulturelle oder soziale Minderheit, die nicht zur jeweiligen Nation gehört. Juden werden in dieser Diktion als „Fremdkörper“ wahrgenommen, was mit dem Vorwurf einhergeht, Juden seien der jeweiligen Nation gegenüber illoyal.

Rassistischer Antisemitismus

Weiter pervertiert wurde dieser nationalistische Antisemitismus ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Mit dem Aufkommen der völkischen Bewegung wurde die Judenfeindschaft mit biologistischen Argumentationsmustern und sozialdarwinistischen Vorstellungen aufgeladen. In der Ideologie dieses rassistischen Antisemitismus wurden Juden mit un-

veränderlichen negativen Eigenschaften beschrieben, die sie weder durch eine Abkehr von ihrer Religion noch durch irgendein sonstiges Verhalten ablegen könnten. Eingebunden in die Vorstellung eines Kampfes der „guten gegen die bösen Rassen“, wurden Juden als „Schmarotzer“, „parasitäre Elemente“ und „Volksfeinde“ diffamiert. An solche Vorstellungen knüpften die Nationalsozialisten an. In den 1920er Jahren propagierte Hitler, dass die Juden sich als „parasitäre Elemente“ in den Völkern eingenistet hätten und aus ihnen ausgeschieden werden müssten. Hier war das ideologische Grundgerüst für die spätere Massenvernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten gelegt.⁶

Mithilfe dieser Typisierung sollen die Besonderheiten und Eigenarten unterschiedlicher antisemitischer Aussagen, aber auch die Mechanismen, derer sich Antisemitinnen und Antisemiten bedienen, dargestellt werden. Entsprechende Argumentationsmuster existieren zum Teil seit Jahrhunderten und werden bis heute verbreitet. Diese fünf Ideologieformen sind dabei eng miteinander verknüpft. Antisemitinnen und Antisemiten bedienen sich bei ihrer Hetze regelmäßig eines ganzen Bausatzes an judenfeindlichen Vorurteilen und Lügen. Bis heute kursieren beispielsweise in rechtsextremistischen Kreisen Vorstellungen vom „Juden als ewigen Feind“, der aufgrund seiner Finanzkraft im Verborgenen die Geschicke der Welt lenkt.

Antisemitismus ist allerdings kein statisches Phänomen. Die Kognitionswissenschaftlerin und Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel bezeichnet den Antisemitismus demzufolge als „Chamäleon“, der sich durch eine enorme Adaptionsfähigkeit auszeichnet:

„Je nach sozialer, politischer, ideologischer und ökonomischer Sachlage fokussieren Antisemiten opportun die jeweils an- und auffälligsten Aspekte jüdischer Existenz, um sie zu attackieren.“⁷

Neuere Ideologieformen des Antisemitismus

Eine entsprechende Anpassung fand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Wissen um den Holocaust statt. Anti-Antisemitismus wurde Grundkonsens der politischen Kultur in der Bundesrepublik und antisemitische Äußerungen geächtet sowie strafrechtlich verfolgt. Dies führte allerdings nicht zur Überwindung jüdenfeindlicher Einstellungen, sondern in erster Linie dazu, dass diese lediglich weniger öffentlich präsent waren. Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen kamen weniger in den oben geschilderten Kategorien des klassischen Antisemitismus zum Ausdruck. An deren Stelle trat viel stärker die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und dem Holocaust sowie eine zunehmend kritische bzw. feindliche Haltung zum Staat Israel.

Sekundärer Antisemitismus

Diese auch als „Schuldabwehr-Antisemitismus“ bezeichnete Form der Judenfeindschaft entwickelte sich nach 1945 vor allem in Deutschland und Österreich. Relativ rasch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und nachdem das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden bekannt geworden war, gab es systematische Versuche die Aufarbeitung der deutschen Geschichte zu unterdrücken und zu diffamieren. Vor allem das Argument, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust nur dazu dienen soll, den Deutschen eine „ewige Schuld“ aufzubürden, spielte hier eine zentrale Rolle. Im Kern geht es darum, die Schuld am Holocaust abzuwehren bzw. zu unterdrücken. Noch heute spielt der Begriff des „Schuldultes“ eine zentrale Rolle in der Argumentation von Rechtsextremisten. Diese Versuche, die Verantwortung für die millionenfache Ermordung



von Jüdinnen und Juden abzustreiten, geht dabei auch regelmäßig mit einer „Täter-Opfer-Umkehr“ einher. Auf diese Weise wird Juden entweder unterstellt, sie seien selbst schuld an ihrem Unglück oder sie würden den Holocaust nur benutzen, um eigene Vorteile für sich, das Judentum oder den Staat Israel zu ziehen.

Eine besondere Form des sekundären Antisemitismus ist die Holocaust-Leugnung. Nachdem vor allem ehemalige Nationalsozialisten bereits in den 1950er Jahren damit begonnen hatten, die Kriegsschuld Deutschlands zu relativieren, etablierte sich in den 1960er und 1970er Jahren eine Szene innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums der Bundesrepublik, die darüber hinaus systematisch versuchte, die Geschichte der Judenvernichtung zu verfälschen und zu leugnen. Mit pseudowissenschaftlichen Argumenten und Gutachten wurden die Opferzahlen des Holocaust verringert, Beweise für den Holocaust in Zweifel gezogen und Zeitzeugenaussagen angegriffen. Bis heute kursiert in rechtsextremistischen Kreisen die Behauptung, den Holocaust habe es nie gegeben, sondern er wäre nur eine Erfindung, um die Deutschen zu demütigen.

Israelbezogener Antisemitismus

Israelbezogener Antisemitismus ist heute die präsenteste Form des Antisemitismus. Mit Begründungen, die auch im Bereich des sekundären Antisemitismus zu finden sind – etwa der Holocaust sei nur eine Erfindung, die die Gründung des Staates Israel rechtfertigen sollte – wird die Legitimität des Staates Israel in Zweifel gezogen und das Existenzrecht Israels bestritten. Auch hier geht es zum Teil um eine Form der Schuldabwehr bzw. -umkehr. Mit Behauptungen, wie etwa, die Israelis führen einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser, wie Nazi-Deutschland gegen die Sowjetunion, der Gleichsetzung Gazas mit dem



Warschauer Ghetto oder der Aussage, Israel betreibe eine „Endlösung 2.0“ gegen die Palästinenser, wird die historische Dimension des Holocaust relativiert, und aus jüdischen Opfern werden Täter gemacht. All diese Begründungen zielen im Kern immer wieder darauf ab, Israel zu verunglimpfen, politisch zu isolieren und zu delegitimieren.⁸

Perfide an dieser Form des Antisemitismus ist dessen Verbrämung als legitime Kritik an der Politik des Staates Israel. Selbstverständlich kann und muss Kritik an der israelischen Politik möglich sein. Wenn aber das Konzept des „kollektiven Juden“ auf Israel und seine jüdischen Bewohner projiziert wird, wenn also Einstellungen und Handlungen Einzelner zum bestimmenden Merkmal „der Israelis / der Juden“ in Gänze gemacht werden, hat dies mit sachlicher Kritik nichts zu tun. Vielmehr ist eine solche Stereotypisierung ein klassisches Vorgehen von Antisemitinnen und Antisemiten. Hinzu kommt eine

„Superlativ-Unverhältnismäßigkeit, die sich in den Wiederholungen von Israel als ‚der schlimmsten Gefahr für den Weltfrieden‘, ‚übelster Rassismus- und Terrorstaat‘ und inadäquaten Analogien wie ‚unrechtmäßiges Kolonial- oder Apartheidsregime‘ oder NS-Vergleichen zeigen.“⁹

Insofern existiert sehr wohl ein bedeutender Unterschied zwischen berechtigter und rationaler Kritik einerseits und israelbezogenem Antisemitismus andererseits. In der Öffentlichkeit und im täglichen Umgang können die Übergänge zwischen einer kritischen Auseinandersetzung mit der Politik Israels und antisemitischen Äußerungen allerdings durchaus fließend sein. Hier gilt es genau zu prüfen, ob eine solche Kritik Zuschreibungen an ein unterstelltes jüdisches Kollektiv enthält und Israel nur an die Stelle „der Juden“ tritt. Die Benutzung judenfeindlicher Stereotype sind ebenso wie Aufrufe zu und Rechtfertigungen von Gewalt gegen Juden im Kern immer antisemitisch.¹⁰

Es ist bezeichnend für die Konstanz antisemitischer Vorurteile, dass diese neueren Ideologieförmungen des Antisemitismus zu einem Großteil an Behauptungen und Argumentationsmuster des klassischen Antisemitismus anknüpfen. Holocaustleugner schreiben das Bild des „ewig-bösen, manipulativen Juden“ fort, dem es mit der „Erfindung des Holocaust“ nur darum ginge, an Macht und Einfluss zu gewinnen. Wenn heute auf Demonstrationen „Kindermörder Israel“ geschrien wird, so steht das in direkter Tradition von „Ritual- und Kindsmordvorwürfen“ klassischer Antisemiten. Insofern ist der aktuelle Antisemitismus auch ein Spiegel der seit Jahrhunderten anhaltenden Hetze gegen Jüdinnen, Juden und das Judentum.

Was den verschiedenen Formen und Ausprägungen des Antisemitismus darüber hinaus gemein ist, ist ihre Funktion für Verfassungsfeinde. Antisemitismus ist vor allem ein zentrales Element in der Vereinfachung von Sachverhalten und einer eindimensionalen „Freund / Feind“-Sichtweise. Die Definition von Feinden oder Gegnern ist ein zentrales Element verfassungsfeindlicher Ideologien. Ohne die Feindschaft gegenüber bestimmten Personengruppen – Juden, Ausländer, Polizisten, - oder gegenüber grundsätzlichen Prinzipien – Demokratie, Gewaltenteilung, Laizismus – kann keine verfassungsfeindliche Ideologie bestehen. Die eigenen Vorstellungen in expliziter Abgrenzung und Gegnerschaft zu anderen zu formulieren ist für Verfassungsfeinde existenziell. Diese Funktion üben antisemitische Stereotype in verschiedenen Formen in allen verfassungsfeindlichen Ideologien aus. Juden werden als das „Welt-Böse“ für alle negativen Entwicklungen verantwortlich gemacht. Komplexe politische Entwicklungen werden auf eine einfache These („die Juden sind schuld“) heruntergebrochen. Die verschwörungstheoretischen Vorstellungen von einem „alles beherrschenden Weltjudentum“ sollen schließlich auch einen wie auch immer definierten „Widerstand“ und damit die Anwendung von Gewalt rechtfertigen.

Verfassungsschutzrelevanz

Die negativen Bilder, die Antisemitinnen und Antisemiten von Jüdinnen, Juden und dem Judentum zeichnen, sind mit der in Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) verankerten Menschenwürde unvereinbar. Die Menschenwürde kommt jedem Wesen der Gattung „Mensch“ zu, ohne Rücksicht auf den sozialen Status, die Eigenschaften oder Leistungen des einzelnen Individuums.¹¹ Art. 1 Abs. 1 GG gewährleistet damit eine elementare Basisgleichheit, wonach keinem Menschen ein sozial, politisch oder rechtlich abgewerteter Status zugewiesen werden darf und kann.¹² Gegen diese Basisgleichheit aller Menschen verstoßen judenfeindliche Äußerungen, da Jüdinnen und Juden als nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt und mit diskriminierenden Zerrbildern herabgewürdigt und entmenschlicht werden. Antisemitinnen und Antisemiten kreieren ein negatives Menschenbild von Juden, das ausschließlich an deren Religionszugehörigkeit und ethnische Herkunft anknüpft und auch selbst neutrale Berichte über Jüdinnen, Juden und das Judentum vollständig ausblendet.

Im Bereich des israelbezogenen Antisemitismus kommt hinzu, dass sich Äußerungen, die den Staat Israel delegitimieren und damit das Existenzrecht Israels verneinen, gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 GG) richten. Auch die Beobachtung solcher Bestrebungen fällt in den gesetzlichen Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes (§ 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Verfassungsschutzgesetz Berlin).

Der Verfassungsschutz fungiert als Frühwarnsystem, um Gefährdungen für unsere Demokratie rechtzeitig zu erkennen. Es ist sein gesetzlicher Auftrag, die Politik, Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu unterrichten.¹³ Die Menschenwürde wurde vom Bundesverfassungsgericht als Ausgangspunkt und damit zentrales Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung definiert.¹⁴

Um seiner Funktion als Frühwarnsystem gerecht zu werden, muss der Verfassungsschutz nicht nur auf offenkundig antisemitische Bestrebungen hinweisen. Vielmehr muss er gerade solche Akteure im Blick behalten, deren Antisemitismus verdeckt und häufig mit einem Verweis auf das Recht auf freie Meinungsäußerung vorgebracht wird. Von dieser Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG sind auch kritische und radikale Äußerungen gedeckt. Sie findet allerdings ihre Grenzen, wenn solche Äußerungen etwa durch eine bewusst einseitige Auswahl von Beiträgen oder eine kampagnenartige Zuspitzung zur Diffamierung von Menschen und ganzen Menschengruppen beitragen. Genau dieser Mechanismus ist typisch für antisemitische und insbesondere israelfeindliche Propaganda. Es gibt aber eben gerade kein Recht darauf, über Vorurteile, Halbwahrheiten, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien ein Feindbild zu konstruieren, um in der Bevölkerung Ablehnung, Angst und Hass gegenüber Juden und dem Staat Israel zu schüren.

Antisemitismus ist mit den zentralen Werten des Grundgesetzes nicht vereinbar und der Verfassungsschutz damit gefordert, antisemitische Bestrebungen im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages zu beobachten, zu analysieren und darüber zu berichten.

2.

**Die Entwicklung des Antisemitismus
in verfassungsfeindlichen
Bestrebungen nach 1945**

2. Die Entwicklung des Antisemitismus in verfassungsfeindlichen Bestrebungen nach 1945

Der moderne Antisemitismus, wie er sich heute in der deutschen Gesellschaft zeigt, basiert zu einem Großteil auf der Übernahme und Weiterverbreitung von zum Teil jahrhundertealten judenfeindlichen Vorurteilen und Feindbildern. Die folgende kurze Darstellung über die Entwicklung des Antisemitismus im geteilten Deutschland soll zeigen, wie und mit welcher Intention sich diese antisemitische Traditionslinie in den verschiedenen verfassungsfeindlichen Ideologien nach 1945 weiterentwickelt hat. Dabei geht es nicht um eine umfassende historische Betrachtung. Die Darstellung zeigt vielmehr, wie Antisemitismus sowohl im West- als auch im Ostteil Deutschlands – aller staatlichen Bemühungen zum Trotz – weiterhin verbreitet und von Verfassungsfeinden um neue Facetten erweitert wurde. Diese Entwicklung beeinflusst bis heute die Juden- und Israelfeindschaft von Verfassungsfeinden.

Vor dem Hintergrund des Ausmaßes des antisemitischen Rassenwahns der Nationalsozialisten – der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden im Zuge des Holocaust – ist es erschreckend, wie schnell judenfeindliche Stereotype in der neu gegründeten Bundesrepublik wieder aufgenommen wurden. Ungeachtet der umfangreichen politischen Ächtung des Antisemitismus keimten bereits in den 1950er Jahren in rechtsextremistischen Kreisen erneut antijüdische Verschwörungstheorien.

Theoretische Modelle, die von jüdischen Wissenschaftlern und Politikern für die Umgestaltung Nachkriegsdeutschlands diskutiert worden waren, dienten als Ausgangspunkt für Theorien, die eine fortwährende jüdische Verschwörung gegen Deutschland ausmach-

ten. Als Beispiel wurde etwa der Morgenthau-Plan¹⁵ herangezogen. Dass es sich dabei lediglich um Entwürfe und Vorschläge von Einzelpersonen handelte, die unter den Siegermächten zu keiner Zeit ernsthaft diskutiert wurden, spielte und spielt in der Wahrnehmung von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten keine Rolle. Diese rechtsextremistischen Verschwörungsvorstellungen mündeten schließlich in einem bis heute in der rechtsextremistischen Szene verwandten Motiv, nach dem das politische System der Bundesrepublik Deutschland ein von den West-Alliierten oktroyiertes Gebilde sei, das von einflussreichen jüdischen Kreisen maßgeblich initiiert wurde.

Jüdinnen und Juden blieben auch in den Folgejahren, trotz eines zunehmend gesamtgesellschaftlichen Klimas, das Antisemitismus ächtete, Ziel von rechtsextremistischem Hass. Regelmäßig wurden jüdische Friedhöfe durch Vandalismus geschändet. Mitunter kam es sogar zu Anschlägen: Rechtsextremisten sprengten Sendemasten, um 1979 die deutsche Erstaussstrahlung der Serie „Holocaust“ zu behindern oder töteten im Dezember 1980 in Erlangen einen jüdischen Verleger und seine Lebensgefährtin. In den 1980er und 1990er Jahren verbreiteten Rechtsextremisten Propaganda wie beispielsweise verbotene holocaustleugnende Texte, zuerst in Printpublikationen und später auch über Auslandsserver im Internet. Über die NSDAP-AO¹⁶ in den USA bezogen deutsche Neonazis Plakate und Aufkleber mit antisemitischen Parolen wie z.B. „Kampf den Judenparteien“, „Kommunismus – Werkzeug der Juden“ oder Spiele wie „Jude ärgere dich nicht“ und „KZ-Manager“.

Mit dem Erstarken des Rechtsextremismus nach der deutschen Wiedervereinigung nahmen auch Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden im Ostteil des wiedervereinigten Deutschlands zu. Der erhebliche Anstieg antisemitischer Straftaten war das sichtbarste Zeichen dieser Entwicklung. Auch unter Rechtsterroristen wie etwa den Mitgliedern der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) waren antisemitische Vorurteile weit verbreitet oder dienten als Begründung für Terror und Gewalt.

Anders als in der Bundesrepublik waren Antisemitismus und Rechtsextremismus in der DDR tabuisiert und wurden öffentlich nicht thematisiert. Die DDR verstand sich als radikaler Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Regime und war insofern ausdrücklich als „antifaschistischer Staat“ gegründet worden. Dieser Schlusstrich hatte zur Folge, dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Feindschaft gegenüber Juden nicht stattfand. Antisemitismus, so das Selbstverständnis der DDR-Staatsführung, durfte es nicht geben. Dies hatte aber auch zur Folge, dass weder über antisemitische Vorurteile gesprochen, noch dagegen argumentiert wurde. Der Historiker Jochen Staadt beschreibt dies wie folgt:

„Der Antisemitismus in Europa, der im Nationalsozialismus seinen Kulminationspunkt gefunden hatte, der wurde in der DDR nicht thematisiert. Nicht in dieser Form, wie er in den Prozessen – Auschwitz-Prozess, Eichmann-Prozess – und den Diskussionen in der Bundesrepublik in den 60/70er Jahren thematisiert wurde. Damit hat man die im Untergrund sublim vorhandenen Vorurteile rassistischer und antisemitischer Art fortgeführt.“¹⁷

Hinzu kam eine massiv israelfeindliche Propaganda der DDR-Staatsführung. Israel wurde als „Brückenkopf“ und „Hauptwerkzeug des Weltimperialismus gegen die arabischen Völker“ beschrieben. Dies führte dazu, dass in der DDR weitgehend ungefiltert antijüdische Feindbilder etabliert und weiter transportiert wurden.

Die pauschale Verurteilung Israels und die unreflektierte Teilnahme für die Palästinenser war auch der Ausgangspunkt des Antisemitismus der linksextremistischen Szene. Israel wurde, neben den USA, zum Symbol einer auf die Ausweitung des eigenen Herrschaftsbereiches abzielenden Politik, die dem Kapitalismus immanent sei. Israel wurde einseitig als Aggressor stigmatisiert, das „palästinensische Volk“ dagegen als unterdrücktes Opfer glorifiziert, mit dessen „Befreiungskampf“ man sich identifizieren müsse. Damit wurde ein Gegensatz konstruiert zwischen einem vermeintlich imperialistisch

agierenden Staat Israel, und einem „rein Guten“, dem palästinensischen Volk.¹⁸ Spätestens ab 1967, nach dem Sieg Israels im Sechstagekrieg, kam es darüber hinaus zu vielfältigen Kooperationen zwischen linksextremistischen Gruppen aus Westeuropa und palästinensischen Gruppierungen, in deren Rahmen Erstere auch paramilitärische Ausbildungen durchliefen.

Dass die vermeintlich „pro-palästinensische“ Haltung der linksextremistischen Szene tatsächlich eine zutiefst israel- und judenfeindliche war, zeigt der versuchte Bombenanschlag auf ein jüdisches Gemeindehaus 1969 in West-Berlin. Am Jahrestag der „Reichspogromnacht“ deponierten die linksterroristischen „Tupamaros“ eine Brandbombe in einem jüdischen Gemeindehaus, die während einer Gedenkveranstaltung explodieren sollte. Dabei hätten zahlreiche der 250 Teilnehmenden getötet werden können. Der Zeitzünder war ausgelöst worden, die Bombe detonierte jedoch auf Grund eines technischen Defekts nicht. Zur Begründung für diese Aktion führte ein in diesem Zusammenhang verteiltes Flugblatt aus:

„Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“¹⁹

Ein weiteres prägnantes Beispiel für linksextremistischen/linksterroristischen Antisemitismus war die Trennung jüdischer Passagiere von den anderen Mitreisenden im Rahmen der Entführung einer Maschine der französischen Fluggesellschaft Air France nach Entebbe (Uganda) im Jahr 1976. Diese wurde von beteiligten deutschen Terroristinnen und Terroristen vorgenommen. Unter den betroffenen Passagieren waren nicht nur Staatsbürger Israels, sondern es befanden sich u. a. auch zahlreiche französische Staatsbürger darunter. Geiseln ohne israelischem Pass wurden zum Teil auf Grund ihres Namens bzw. anderer – sie vermeintlich als Juden kennzeichnender – Merkmale selektiert. Auch dies ist ein deutlicher Beleg für als anti-israelisch verbrämte antisemitische Haltungen in der linksextremistischen / linksterroristischen Szene.

Anfang der 1980er Jahre zeigte der israelfeindliche Konsens innerhalb der linksextremistischen Szene erste Risse, indem Formulierungen wie „Holocaust an den Palästinensern“ nicht mehr unwidersprochen blieben.²⁰ Diskursive, zum Teil heftig ausgetragene Auseinandersetzungen über Antisemitismus innerhalb der Szene in Verbindung mit erstarkendem Rechtsextremismus führten zu Beginn der 1990er Jahre schließlich zur Entstehung von sogenannten „antideutschen Gruppierungen“. In Abgrenzung zu den sogenannten „Anti-Imperialisten“²¹ positionierten sie sich deutlich gegen Antisemitismus sowie gegen den aus ihrer Sicht aufflammenden Nationalismus in Deutschland und solidarisierten sich mit Israel und den USA aufgrund der historischen Schuld Deutschlands. Aktuell spielen die Auseinandersetzungen zwischen „Anti-Imperialisten“ und „Anti-Deutschen“ in der linksextremistischen Szene keine bedeutende Rolle mehr. „Anti-imperialistisch“ motivierte Israelfeindschaft findet in Teilen der linksextremistischen Szene allerdings nach wie vor Zustimmung.

Schließlich ist die Entwicklung des modernen Antisemitismus auch mit dem Erstarken islamistischer Bewegungen verbunden. Islamistisches Denken entfaltete spätestens ab den 1970er Jahren insbesondere in den arabischen Nationalstaaten eine große Anziehungskraft. Nachdem die Konzepte des Nationalismus, des Pan-Arabismus und auch des Sozialismus gescheitert waren, war es für Islamisten relativ einfach, die Überlegenheit eines „islamischen“ Gesellschaftssystems zu propagieren. Gefördert wurde das Erstarken islamistischer Bewegungen zusätzlich durch die iranische Revolution 1979, in dessen Folge sich der Iran als ein staatlicher Träger islamistischer Ideologie etablierte.

Antisemitische Einstellungen waren von Anfang an essenzieller Bestandteil der verschiedenen islamistischen Bewegungen. Die Judenfeindschaft wurde dabei zum Einen mit dem Rückgriff auf judenkritische Koranstellen begründet.²² Weit mehr prägte jedoch die Auseinandersetzung zwischen Juden und Muslimen im histori-

schen Palästina den islamistischen Antisemitismus. Nach der Gründung des Staates Israel und der Niederlage der arabischen Staaten im Unabhängigkeitskrieg 1948 rückte Israel ins Zentrum der antisemitischen Propaganda der Islamisten. Die Niederlage der arabischen Staaten gegen das kleine und vermeintlich schwache Israel wurde als Ergebnis einer „jüdischen Weltverschwörung“ gedeutet. Die Verbreitung solcher antisemitischen Verschwörungstheorien wurde durch die Regierungen der arabischen Staaten massiv befördert. So wurde etwa die antisemitische Schmähschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ von der ägyptischen Regierung ins Arabische übersetzt, nachgedruckt und massenhaft verbreitet.

Ganz entscheidend geprägt wurde der islamistische Antisemitismus durch Sayyid Qutb, einen der wichtigsten Theoretiker der „Muslimbruderschaft“. Qutb veröffentlichte 1950 sein Werk „Unser Kampf mit den Juden“, in dem er traditionellen europäischen Antisemitismus mit den Verschwörungstheorien der „Protokolle der Weisen von Zion“ und antijüdischen Koranstellen zu einer Einheit verband. Er adaptierte damit herkömmliche europäische antisemitische Stereotype und passte sie an die sozialen, kulturellen und religiösen Besonderheiten der arabischen Welt an. Qutb unterstellt in seiner Schrift ein subversives Wirken der Juden seit dem Frühislam. Vor allem mit der Gleichsetzung der Begriffe „Weltjudentum“ und „Weltkreuzzüglertum“²³ schuf er einen Topos, auf den sich Usama Bin Ladin in seinem Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“ 1998 bezog.

Der von Qutb entwickelte islamistische Antisemitismus prägte in der Folge alle islamistischen Organisationen. Vorstellungen von einer „ewigen Feindschaft zwischen Muslimen und Juden“ und einer „jüdischen Weltverschwörung zur Vernichtung der Muslime“ wurden ideologischer Kernbestand islamistischer Propaganda. Beispielhaft dafür steht die Charta der HAMAS, in der es heißt:

„Sie [die Juden] standen hinter dem ersten Weltkrieg, wo sie es schafften, den Staat des islamischen Kalifats zu beseitigen, und wo sie materielle Gewinne erzielten, die Kontrolle über viele Quellen des Reichtums erlangten [...]. Und sie standen hinter dem Zweiten Weltkrieg, wo sie gewaltige Profite aus ihrem Handel mit Kriegsgütern erzielten [...].²⁴

Massiv befördert wurden Antisemitismus und Israelhass auch durch die Islamische Republik Iran. Bereits der Anführer der iranischen Revolution Ayatollah Khomeini bezeichnete Israel als „kleinen Satan“ und rief offen zur Vernichtung Israels auf. Antisemitismus ist seitdem Teil der iranischen Staatsideologie und wird regelmäßig durch entsprechende Äußerungen staatlicher Repräsentanten befeuert.

Ende des 20. Jahrhunderts fanden die verschiedenen islamistischen Ideologien auch in Europa immer mehr Anhänger. In allen europäischen Staaten und damit auch in Deutschland wuchs das islamistische Personenpotenzial spürbar an. Mittlerweile beläuft sich dieses Potenzial in Deutschland auf mehr als 25.000 Personen,²⁵ in Berlin auf mehr als 2.000 Personen. Darunter befinden sich Unterstützer terroristischer Netzwerke, Anhänger gewaltorientierter Organisationen wie der HAMAS und der „Hizb Allah“ und auch Vertreter legalistischer Organisationen wie der „Muslimbruderschaft“. Sie alle eint nicht nur die Ablehnung grundlegender Werte unseres demokratischen Systems, sondern auch ein fest verankerter Antisemitismus und die Ablehnung des Staates Israel.

Die hier geschilderten Entwicklungen bilden den Hintergrund für den Judenhass und die Israelfeindschaft im verfassungsfeindlichen Spektrum Berlins. Das folgende Kapitel wird die aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus in den unterschiedlichen Phänomenbereichen beleuchten.

3.

Antisemitismus im rechtsextremistischen Spektrum Berlins

3. Antisemitismus im rechtsextremistischen Spektrum Berlins

Verschwörungstheorien, Holocaustleugnung und Israelhass sind die Grundbausteine eines Antisemitismus, der fester Bestandteil der rechtsextremistischen Ideologie ist. In der rechtsextremistischen Szene²⁶ werden judenfeindliche Zerrbilder propagiert und das Feindbild eines deutschfeindlichen, weltweit vernetzten Judentums aufrechterhalten. Zur zentralen Plattform für die Verbreitung antisemitischer Propaganda hat sich das Internet entwickelt, wo in zahlreichen Foren, Chats und auf diversen Plattformen zunehmend enthemmter gegen Jüdinnen, Juden und den Staat Israel gehetzt wird. An dieser antisemitischen Stimmungsmache haben auch Berliner Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ ihren Anteil.

Verschwörungstheorien

In rechtsextremistischen Internetforen finden sich zahlreiche Verweise auf vermeintlich gesicherte historische Quellen, die als Belege für „jüdische Verschwörungen“ herangezogen werden. Dazu gehören

etwa die „Protokolle der Weisen von Zion“²⁷ oder auch ein Pressebericht der Londoner Daily Mail vom März 1933 mit der Überschrift: „Judea declares war on Germany“ („Judäa erklärt Deutschland den Krieg“). Solche Quellen und vermeintlichen Beweise haben das Ziel, eine vermeintlich gesicherte historische Wahrheit – nämlich die „seit Jahrhunderten andauernde Einmischung eines allmächtigen Judentums“ – zu belegen.



Als Belege dafür, dass eine solche „jüdische Weltverschwörung“ bis heute in nahezu allen Lebensbereichen stattfindet, werden frei erfundene, gefälschte oder aus dem Zusammenhang gerissen Zitate verbreitet. So postete ein Protagonist aus dem muslimenfeindlichen Spektrum Berlins einen vermeintlichen Beweis für die jüdische Herkunft Angela Merkels. Als Beleg wurde die Übersetzung einer Rede der Bundeskanzlerin vor der Knesset herangezogen, die sie auf Hebräisch begonnen und anschließend auf Deutsch fortgesetzt hatte. Kommentiert wurde dies mit der Behauptung, sie habe dort „jüdisch“ [nicht hebräisch] gesprochen, dies als „ihre Muttersprache“ bezeichnet und sich somit selbst entlarvt. Die Bundeskanzlerin selbst soll – dieser Behauptung folgend – damit Teil einer „jüdischen Weltverschwörung“ sein.

Beispielhaft für das Ausmaß der Wahnvorstellung von Rechtsextremisten in Bezug auf eine „jüdische Weltverschwörung“ steht auch der Redebeitrag auf einer Demonstration des Berliner „Pegida“-Ablegers „Bärgida“:

„Wir müssen uns im Klaren sein, dass die Figuren, die heute in den Führungspositionen unserer Politik sitzen, egal ob im Bundestag, auf dem Ministersessel oder im Kanzleramt sitzen, nur Marionetten sind, welche die Pläne einer internationalen, speziell der anglo-amerikanischen Hochfinanz²⁸ umsetzen. [...] Maßgeblich dieser Herr George Soros. [Buh-Rufe von den Demonstrationsteilnehmenden] Die letzte größere Aktion dieser Art erfolgte am 11. September [2001] am World Trade Center in New York. Wer heute noch glaubt, diese beiden Türme dieses World Trade Centers seien eingestürzt, weil dort zwei gekaperte Passagierflugzeuge hineingeflogen seien, der ist ein Opfer gezielter Falschmeldungen von Lügenpresse und Lügenfernsehen.“²⁹

George Soros wurde in den vergangenen Jahren immer wieder zum Ziel der Propaganda Berliner Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Ihm wird von rechtsextremistischen Kreisen unterstellt, mit seiner Open-Society-Foundation Migration nach Europa und Deutschland zu fördern. Nicht nur für Anhänger des „Netzwerkes muslimenfeindlicher Rechtsextremisten“ ist Soros damit die Personifizierung einer „jüdischen Verschwörung“, deren Ziel aktuell sei, Europa zu islamisieren.

Bei der Verbreitung antisemitischer Verschwörungsnarrative genügt es meist schon, die Namen bekannter Jüdinnen und Juden zu nennen und in die eigene Argumentation einzubauen. Dadurch suggerieren Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten Konspiration und werten sowohl den „Feind“, dem man übernatürliche Macht zuschreibt, als auch die eigene Position, als wahrheitsliebende Opposition und Untergrundkämpfer, auf. Dabei hat sich insbesondere für die Andeutung einer „jüdischen Weltherrschaft“ mittlerweile ein regelrechtes System von Codes und Andeutungen in der rechtsextremistischen Szene etabliert. Begriffe wie „Ostküste“,³⁰ „Zinsknechtschaft“, Z.O.G. („Zionist Occupied Government“ als Abkürzung für eine unter jüdischem Einfluss stehende Regierung) oder bewusste Auslassungen werden vor allem in der rechtsextremistischen Musikszene regelmäßig verwandt. Beispielhaft dafür steht der Auszug aus einem Lied der rechtsextremistischen Berliner Band „Die Lunikoff-Verschwörung“, in dem es u. a. heißt:

*„Mit Geldkarten will ZOG unser Bargeld abschaffen/
Hin zum gläsernen Bürger soll die Reise geh'n (...)
Weil ich genau weiß, dahinter stecken die, dahinter stecken die,
dahinter stecken die!“³¹*

Antijüdische Verschwörungstheorien sind darüber hinaus elementarer Bestandteil der rechtsextremistischen „Reichsbürger“-Ideologie. Nahezu alle ideologischen Grundpfeiler dieser Szene – etwa die Illegitimität des Staates, die Existenz einer „BRD GmbH“ oder auch das „illegale diktatorische Verwaltungshandeln“ – können in Verbindung mit einer „jüdischen Weltverschwörung“ gebracht werden. Die rechtsextremistische, seit März 2020 verbotene „Reichsbürger“-Gruppierung „Geeinte Deutsche Völker und Stämme“ formuliert diese vermeintliche Allmacht gespickt mit antisemitischen Vorurteilen wie folgt:

„Als Rasse anerkannten und benannten Stämme Jakobs [Synonym für Juden] sind diese auch nach langer Besiedlung hiesiger Landschaften nicht eigentumsberechtigt. Das begründet sich schon aus der naturstaatlichen Erklärung für Heimat und Volk. Mehr jedoch dass aufgrund der Ausrichtung und Zielsetzung deren Weltherrschaft diesen Rassen und Stämmen trotz wiederholtem Nachweis der Unehrlichkeit, Unredlichkeit und Schändung der Lebenden keine Besserung nachgewiesen werden konnte. Sie immer noch ihre Macht und durch Betrug errungene Stellung nutzen um die Schuldüge bezüglich der Kriege und Nazilüge, Geschichtslüge zu verkünden und es versäumt haben Wahrheit zu proklamieren und Schuld zu übernehmen.“³²

All diese Narrative stehen in der Tradition des politischen Antisemitismus, wie er sich bereits im Mittelalter herausgebildet hat. Ein konstruiertes homogenes jüdisches Kollektiv wird für alle negativen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen verantwortlich gemacht. In der rechtsextremistischen Szene wird auf diese Weise ein (übermächtiger) Feind erschaffen und gleichzeitig die als „Widerstand“ verbrämte Gewalt gegen Jüdinnen und Juden legitimiert.

Relativierung und Leugnung des Holocaust

Bevor antisemitische Verschwörungstheorien immer mehr Raum in der Propaganda der rechtsextremistischen Szene einnahmen, war der Holocaust das zentrale Thema für rechtsextremistische Antisemiten. Es etablierte sich eine Subkultur, deren Hauptanliegen darin bestand, den Völkermord an den europäischen Juden durch die Nationalsozialisten zu „widerlegen“ oder zu relativieren.

Regelmäßigen, offenen und strafrechtlich relevanten Antisemitismus gab es in diesem Zusammenhang insbesondere unter den Mitgliedern des 2008 verbotenen Vereins „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Offizieller Zweck dieses Vereins war „die Widerlegung der ‚Holocaustlüge‘“. Die Protagonisten des VRBHV gingen dabei soweit, Strafverfahren gegen sich selbst zu provozieren, um im Rahmen der anschließenden Gerichtsverhandlungen Beweise für ihre Behauptung vom „inszenierten Völkermord“ vorbringen zu können, um diese gerichtlich bestätigen zu lassen. In der Vorstellung der VRBHV-Anhänger sollte das politische System der Bundesrepublik durch diese gerichtliche „Entlarvung der ‚Holocaustlüge‘“ destabilisiert und zu Fall gebracht werden.

Weil diese Strategie auch in der Szene der Holocaustleugner umstritten war, kam es nur zu einzelnen Gerichtsverfahren, die alle mit Verurteilungen der rechtsextremistischen Angeklagten endeten. Horst Mahler, der Kopf dieses Vereins und die zentrale Figur der Berliner Holocaustleugner, wurde wegen wiederholter Volksverhetzung im Jahr 2009 vom Landgericht Potsdam zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilt. Sein geradezu wahnhafter Antisemitismus zeigte sich auch während seiner Haftzeit. Im Gefängnis sitzend verfasste er eine über zweihundertseitige antisemitische Schmähchrift und verbreitete sie über das Internet.

Auch nach dem Verbot des VRBHV und der Inhaftierung Mahlers gab es immer wieder Versuche, das Spektrum der Holocaustleugner organisatorisch zu festigen. Im Jahr 2010 wurde beispielsweise die „Europäische Aktion“ (EA) gegründet. Der Verein stand in der Nachfolge des VRBHV und ihm gehörten bekannte Holocaustleugner an. Die EA agierte allerdings vorsichtiger und verklausulierter. Die Versuche, den Holocaust zu leugnen oder zu relativieren wurden etwa mit einer der Hauptforderungen des Vereins – „die freie Rede wiederherzustellen“ – umschrieben. 2017 gab die EA zwar ihre Auflösung bekannt, verkündete aber zugleich, dass die Mitglieder weiterhin die Ziele der EA verfolgen würden.

Dass diese Szene weiterhin aktiv blieb und nach wie vor bleibt, zeigen immer wiederkehrende Vortragsveranstaltungen von Holocaustleugnern, in denen der Holocaust mehr oder weniger offen in Frage gestellt wird. Dabei nehmen einzelne Referentinnen und Referenten weiterhin Strafverfahren und Haftstrafen in Kauf. Die prominenteste Holocaustleugnerin und ehemalige Vorsitzende des VRBHV wurde nach wiederholten Verurteilungen wegen Volksverhetzung – unter anderem wegen Äußerungen bei einer Veranstaltung in einer Berliner Gaststätte im Jahr 2016 – im Mai 2018 inhaftiert. In einem Fernsehinterview hatte sie u. a. erklärt:

„Es gibt, glaube ich, keine Lüge, die nachhaltiger und verändernder gewirkt hat, und zwar nicht nur in Deutschland sondern beinahe weltweit, als dieser Holocaust.“³³



In Teilen des traditionellen Rechtsextremismus und insbesondere unter rechtsextremistischen „Reichsbürgern“ ist sie mittlerweile zu einer Art „unbeugsamer Galionsfigur“ aufgestiegen. Im Internet finden sich zahlreiche Solidarisierungen und es kam auch zu verschiedenen Kundgebungen, auf denen ihre Freiheit gefordert wurde.

Das Gros der Szene agiert heute deutlich vorsichtiger als die bekennenden Holocaustleugner. Mittlerweile wird der Holocaust oft nur noch verklausuliert thematisiert. Regelmäßig geschieht dies durch die Gleichsetzung mit anderen Verbrechen. Der Begriff des „Bomben-Holocaust“ für die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 durch die Alliierten war einer der ersten und bekanntesten Versuche in diesem Zusammenhang. Die rechtsextremistische Szene versuchte auf diese Weise, die Anzahl der Opfer des Holocaust zu relativieren und mit den Opfern unter der deutschen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges aufzurechnen. Entsprechende Äußerungen finden sich auch im Berliner „Netzwerk Freie Kräfte“:

„Der Zweite-Weltkriegs-Holocaust an den Deutschen heißt bis heute ‚Befreiung‘, den Flüchtlings-Holocaust nennen sie jetzt ‚Bereicherung‘.“³⁴

Am 9. November 2016 veröffentlichten Aktivisten des „Netzwerks Freie Kräfte“ auf ihrem Facebook-Profil der „Freien Kräfte Berlin Neukölln“ (FKBN) eine Karte, auf der jüdische und israelische Einrichtungen in Berlin aufgeführt waren. In Frakturschrift stand dazu:



„Juden unter uns!“. Die Verfasser des Beitrags kommentierten die Karte mit: „Heut ist so ein schöner Tag!“ und spielt damit auf die „Reichspogromnacht“ am 9. November 1938 und die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden im „Dritten Reich“ an.

Auch der Berliner Landesverband der NPD fiel in der Vergangenheit mit diversen antisemitischen Ausfällen auf. Das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas wurde als „Bundesschamananlage“ bzw. „Holo-Mahnmal“ bezeichnet und das Gedenken selbst als „Schuld-kult“ verunglimpft. Die Entwendung mehrerer sogenannter „Stolpersteine“ im Bezirk Neukölln kommentierte der Neuköllner NPD-Kreisverband auf seinem Facebook-Profil mit den Worten: „Fußgänger können nun gefahrlos den Bürgersteig passieren“.³⁵

Eine antisemitische Provokation prägte auch den Wahlkampf der Berliner NPD zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011. Der langjährige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt warb als Spitzenkandidat der Berliner NPD mit



einem Plakat, auf dem er auf einem Motorrad sitzend mit dem Slogan „Gas geben!“ zu sehen war. Das Wahlplakat, das die Partei eigenen Angaben zufolge mehr als 20.000 mal in Berlin, u. a. vor dem Jüdischen Museum, platziert hatte, rief vielfach Empörung hervor. Dass das Plakat Assoziation zum „Holocaust“ und „Gaskammern“ hervorrufen würde, war der Partei und auch Voigt dabei völlig klar.

Auch Einzelpersonen, die keiner festen rechtsextremistischen Struktur zuzurechnen sind, verbreiten regelmäßig Thesen, die den Holocaust in Frage stellen. Einer der bekanntesten Protagonisten ist ein Berliner Rechtsextremist, der auf diversen Plattformen im Internet als „Volkslehrer“ auftritt.³⁶ Er produziert Kurzfilme zu Ereignissen mit jüdischem Bezug wie beispielsweise eine Prozessbeobachtung um die Entfernung einer sogenannten „Judensau“, einer antijudaistischen Schmähsplastik an einer Kirche in Wittenberg. Zudem filmt er unter anderem in NS-Gedenkstätten und provozierte dort Besuchende. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau behauptete er gegenüber einer Schülergruppe, dass dort

alles „Fake“ sei und die Besucher dieser Gedenkstätte manipuliert würden. Einer Mitarbeiterin der Gedenkstätte gegenüber bagatellierte er NS-Verbrechen. Die Strategie, mit Andeutungen und doppeldeutigen Provokationen die Schwelle des Strafrechts zu unterlaufen, ging allerdings nicht auf. Ende 2019 verurteilte ihn ein bayerisches Gericht zu einer hohen Geldstrafe.

Israelhass und israelbezogener Antisemitismus



Verstärkt zeigt sich der tiefsitzende Antisemitismus innerhalb der rechtsextremistischen Szene auch in wiederkehrenden israelfeindlichen Aktionen und Stellungnahmen. Dabei überlappen sich in der rechtsextremistischen Propaganda regelmäßig Israelhass und klassisch antisemitische Stereotype. Beispielhaft dafür steht ein Plakat, das die rechtsextremistische Partei „Die Rechte“ im Europawahlkampf 2019 verwendete. Auf dem Wahlplakat war zu lesen: „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit“.

Die Bezüge zum Schlagwort „Die Juden sind unser Unglück“ des antisemitischen NS-Hetzblatts „Der Stürmer“ sind hier offensichtlich. Damit wird nicht nur kaum verkläusuliert die Auslöschung Israels propagiert, sondern unverhohlen mit der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten und den NS-Terror gegen Juden sympathisiert.

Darüber hinaus vereinen sich im Israelhass der rechtsextremistischen Szene auch Antisemitismus, Anti-Amerikanismus und eine unreflektierte Solidarität mit allen Feinden Israels. Israel wird als die „Speerspitze des jüdisch beeinflussten US-Imperialismus“ bezeichnet und als ein Staat diffamiert, der „benachbarte souveräne Staaten und das Volk der Palästinenser ausbeute und unterdrücke“.

Die Ablehnung Israels geht dabei häufig mit Verständnis oder gar Sympathie für antijüdischen oder antiisraelischen Terror und für islamistische Terrororganisationen einher.

In seiner Funktion als ehemaliger Europaabgeordneter der NPD solidarierte sich Udo Voigt beispielsweise regelmäßig mit dem iranischen Regime. Darüber hinaus pflegte er offizielle Kontakte zur libanesischen „Hizb Allah“, die u. a. von der Europäischen Union (EU) als Terrororganisation eingestuft wird. 2018 und 2019 reise er mit anderen europäischen Rechtsextremisten zu offiziellen Treffen mit Vertretern der „Hizb Allah“ in den Libanon. In seinen Stellungnahmen zu den Treffen wird die „Hizb Allah“ als „Schlüsselfaktor“ im Nahen Osten bezeichnet. Gleichzeitig ist immer wieder die Rede vom „alltäglichen israelischen Terror“, der gleichgesetzt wird mit den Gräueltaten des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS).³⁷ In der klassischen Diktion israelfeindlicher Antisemiten wird Israel als „Terrorstaat“ bezeichnet und behauptet, Terror gehe alleine vom Staat Israel aus:

„Amtliche Dokumente belegen, dass praktisch keine Woche ohne Verletzung der libanesischen Grenze durch die israelische Armee oder Angriffe auf Syrien vergeht. Wer so handelt, ist kein Rechts-, sondern ein Terrorstaat.“³⁸

Israelbezogener Antisemitismus findet sich auch in den Texten diverser rechtsextremistischer Bands. Um die antisemitischen Inhalte zu kaschieren, wird dabei vordergründig die Politik Israels angeprangert. Die dahinterstehende Intention einer Gleichsetzung „der Juden“ mit Israel und der damit einhergehenden Verunglimpfung aller Juden ist jedoch in den meisten Fällen unschwer zu erkennen:

*„Kindermörder – Israel. Frauenmörder – Israel.
Israel, USA – Menschenrechte ha ha ha“
Wer wirft Bomben auf Frauen und Kinder – Israel
Wer ist der Völker größter Schwindler – Israel
[...]
Und wer hat den Deutschen den Stolz gestohlen – Israel“³⁹*

4.

**Antisemitismus
im islamistischen Spektrum Berlins**

4. Antisemitismus im islamistischen Spektrum Berlins



Antisemitismus gehört zum Kernbestand der Ideologie aller islamistischen Gruppierungen. Mit professioneller Propaganda verbreiten Islamisten antisemitische und israelfeindliche Stereotype, und sie versuchen, diese Auffassungen unter nicht-extremistisch ausgerichteten Muslimen auch in Deutschland zu verankern. Im Zentrum der antisemitischen Agenda von Islamisten steht ausnahmslos die Delegitimierung des Existenzrechts Israels. Abgesehen von der „Millî Görüş-Bewegung“ propagieren darüber hinaus alle islamistischen Gruppen

Gewaltanwendung gegen Israel und seine Staatsbürger und bewerben die Auslöschung des jüdischen Staates. Die in Deutschland 2003 verbotene Organisation „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) sowie die transnationalen Terrornetzwerke „Al-Qaida“ und „Islamischer Staat“ (IS) fordern von ihren Anhängern sogar, Juden weltweit zu bekämpfen und zu töten. Außerhalb wie innerhalb Israels verübten die transnationalen Jihadisten sowie die regional gewaltausübende „Hizb Allah“ und HAMAS eine Vielzahl von Anschlägen auf Juden. In der Propaganda insbesondere von „Hizb Allah“ und HAMAS werden Anschläge und Selbstmordattentate auf israelische Bürgerinnen und Bürger verherrlicht.

In Deutschland agieren islamistische Gruppen wie die „Muslimbruderschaft“, HAMAS oder die „Hizb Allah“ in der Regel nicht offen. Sie wirken hauptsächlich im Ideologie-Transfer und verbreiten und rezipieren Antisemitismus vor allem über moderne Medien. Die einschlägige Propaganda auf Demonstrationen, wie zum alljährlichen „al-Quds-Tag“, zum Libanon-Krieg 2006 oder zu den Gaza-Kriegen 2009 und 2014 zeigt, dass die verwendeten antisemitischen Deutungsmuster komplexe politische Sachverhalte überlagern und dazu genutzt werden, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren.

Salafismus

Bei den Strömungen des politischen und jihadistischen Salafismus handelt es sich um islamistische Ausprägungen, die im Zuge ihrer Ausrichtung auf den Frühislam teilweise auch frühislamische Herrschafts- und Rechtsformen befürworten, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind. Die salafistischen Strömungen unterscheiden sich in der Wahl ihrer Mittel. Während politische Salafisten die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat ablehnen und dabei vor allem auf Missionierung (arab.: Da‘wa) setzen, betonen jihadistische Salafisten darüber hinaus den gewaltsamen Kampf zur Durchsetzung ihrer Überzeugungen („Kleiner Jihad“, Jihad des Schwerts) und wenden diesen an. Die Übergänge zwischen beiden Strömungen sind fließend.

Politischer Salafismus

Antisemitismus wird bereits im Spektrum des politischen Salafismus latent bis offen propagiert. Hierzu gehören Kombinationen aus klassischen antisemitischen Stereotypen, der Delegitimierung des Existenzrechts Israels sowie der pseudoreligiösen Rechtfertigung von Gewalt gegen Juden. Wiederholt finden sich einschlägige Äußerungen, die als antisemitisch zu werten sind. Dabei werden die Begriffe Juden und Zionisten synonym verwendet. 2013 wurden Juden in einer Berliner salafistischen Moschee etwa als „zionistische Affen“ bezeichnet, weil sie Feinde der Muslime seien.

Auffällig waren vor allem Predigten in der salafistischen „As-Sahaba-Moschee“, dessen Imam „Abul Baraa“ Juden als „zionistische Terroristen“ und „Feinde Gottes“ bezeichnete. Juden würden die Muslime erniedrigen, mit ihrem Blut spielen und sie nach Belieben töten.⁴⁰ In einer weiteren Predigt verherrlichte er den militanten Widerstand palästinensischer Kinder, bemühte das von Islamisten häufig verwendete antisemitische Stereotyp vermeintlicher Feigheit von Juden und forderte, dass Gott die „Feinde der Religion vernichten“ möge.⁴¹

Darüber hinaus gab es in salafistischen Moscheen Berlins in der Vergangenheit sowohl Aufrufe zum Jihad gegen Juden in Israel als auch Aufrufe zur deren weltweiter Tötung. 2014 sorgte eine auf den Gazakonflikt bezogene antisemitische Predigt eines Reisepredigers in der „Al-Nur-Moschee“ für Aufsehen, die eine Fürbitte an Gott enthielt, die „zionistischen Juden zu vernichten“ und „bis auf den letzten zu töten“. Wörtlich heißt es in dem Bittgebet:

„Oh Gott, vernichte die zionistischen Juden! Sie sind keine Herausforderung für dich. Zähle sie und töte sie bis auf den letzten! Verschone keinen einzigen von Ihnen!“

Wegen dieser Inhalte wurde der Prediger 2016 vom Landgericht Berlin wegen Volksverhetzung nach § 130 Absatz 1 Nr. 1 StGB verurteilt.

Jihadistischer Salafismus

Beispiele für die Kombination von Israelfeindschaft und Antisemitismus mit ausgeprägt eliminatorischen Zügen geben ferner jihadistische Netzwerke. Die bekanntesten und dominantesten jihadistischen Netzwerke sind die 1988 gegründete „Al-Qaida“ („Die Basis“) sowie der hieraus hervorgegangene „Islamische Staat“ (IS). Hauptkennzeichen der Ideologie jihadistischer Salafisten ist die Uminterpretation des militanten Jihad zu einer offensiven Kampfform und dessen Anwendung gegen die muslimischen Länder sowie gegen die NATO-Staaten, Russland und Israel.

Auch in Berlin gab und gibt es Anhängerinnen und Anhänger dieser Terrororganisationen. So sind etwa 130 Personen aus Berlin in Richtung Syrien und Irak gereist, um sich dem IS anzuschließen oder in sonstiger Weise zu unterstützen. Auch das Attentat auf dem Breitscheidplatz 2016 und mehrere vereitelte Anschlagplanungen zeigen, dass Deutschland – und Berlin als Hauptstadt – im Fokus des islamistischen Terrorismus steht und einer anhaltend hohen Gefährdung unterliegt.

Islamistischer Terrorismus

Markantestes Beispiel für die Verbindung von islamistischem Terrorismus und Antisemitismus ist der 1998 u. a. von Usama Bin Ladin veröffentlichte Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“. Dieser erklärt die Tötung von Amerikanern und Juden



zu einer individuellen Pflicht eines jeden Muslims und fordert dazu auf, amerikanische Truppen und ihre Verbündeten mit Anschlägen aus der muslimischen Welt zu verdrängen.⁴² Unter Bezug auf die „Besetzung Jerusalems“ und vom „Kleinstaat der Juden“ verübte „Morde an Muslimen“ wird zudem zu weltweiten Angriffen auf Juden aufgerufen:

„Die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen, zu töten wo immer ihm dies auch möglich ist, ist eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, der hierzu in der Lage ist, bis die Aqsa-Moschee [in Jerusalem] und die Heilige Moschee [in Mekka] von ihnen befreit sind und bis ihre Armeen das gesamte Territorium des Islam verlassen haben, geschlagen und unfähig, irgendeinen Muslim noch zu bedrohen.“⁴³

Durchgängiges Element des von jihadistischen Netzwerken verbreiteten Antisemitismus ist der Vorwurf eines aktuellen „jüdisch-christlichen“ bzw. „jüdisch-amerikanischen Kreuzzugs“ gegen die muslimische Welt.⁴⁴ Die „Al-Qaida“-Führung etwa rechtfertigt Anschlagdrohungen gegen Juden damit, dass der „Militärapparat der Juden und Kreuzritter ... Jerusalem besetzt“ halte,⁴⁵ und fordert ihre Anhänger auf, die „Hauptverbrecher USA, Russland und Israel in den Kampf zu zwingen und den Jihad „auf den Boden des Feindes“ zu tragen.⁴⁶

„Al-Qaida“

Die Bekämpfung von „Juden“ und „Kreuzzüglern“ ist eines der Hauptziele von „Al-Qaida“. Der seinerzeitige Stellvertreter und aktuelle Anführer von „Al-Qaida“, Aiman al-Zawahiri, nannte die Bekämpfung Israels als eines der wichtigsten strategischen Ziele von „Al-Qaida“ und prophezeite, dass die transnationalen Jihadisten den „Zionisten und Kreuzzüglern“ unter anderem in Israel eine baldige Niederlage bereiten würden.⁴⁷ Zuvor hatte er den Kampf gegen den Staat Israel als eine vorgeblich legitime Jihad-Form bezeichnet, die vor allem dem Zwecke des Sieges des Islam diene:

„Der Krieg gegen Israel hängt nicht von Waffenstillständen ab (...) Es ist ein Jihad auf dem Wege Gottes und er wird so lange dauern, bis unsere Religion gesiegt haben wird.“⁴⁸

Wie andere islamistische Gruppen erklären auch die jihadistischen Salafisten nicht allein – das auch Muslimen als heilig geltende – Jerusalem zu unveräußerlichem muslimischen Territorium und fordern dessen Befreiung, sondern das gesamte historische Palästina. Dies gilt auch für „Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ (AQAH), dem jemenitischen Zweig von „Al-Qaida“, der einen Frieden solange ausschließt, bis die Muslime „in Palästina leben“.⁴⁹ Der Staat Israel sei ein Verbrechen und gehöre zerstört; die Palästinenser seien zu rächen:

„Israel ist ein Verbrechen und muss zerstört werden und jeder, der in dieses Verbrechen involviert ist muss seinen Preis dafür zahlen (...). Das vergossene palästinensische Blut im Heiligen Land muss gerächt werden.“⁵⁰

2013 kritisierte al-Zawahiri in einer Videobotschaft die Regierungen in der arabischen Welt dafür, dass sie den Staat Israel anerkannten und die abgeschlossenen Friedensverträge einhielten. Muslime sollten vielmehr Solidarität mit den Palästinensern üben und Palästina von den „jüdischen Besatzern“ befreien.

„Islamischer Staat“

Entsprechenden Antisemitismus propagiert auch die mit „Al-Qaida“ konkurrierende Jihadistenorganisation „Islamischer Staat“ (IS). Unter Verwendung des Stereotyps ihrer vermeintlichen Feigheit fordert der IS 2014 die Bekämpfung von Juden und verkündet eine Fortsetzung von Angriffen:

„Was die (...) Massaker im Gaza gegen die muslimischen Männer, Frauen und Kinder betrifft, wird der Islamische Staat alles dafür tun, um die Angriffe auf Apostaten⁵¹ fortzusetzen (...) Es ist nur eine Frage der Zeit und Geduld, bis er Palästina erreicht, um die barbarischen Juden zu bekämpfen und zu töten, die sich hinter den Gharqad-Bäumen⁵² verstecken.“⁵³

Auch der sich zum weltweiten Kalifen selbst ausgerufenen IS-Anführer Abu Bakr al-Bagdadi drohte 2015 mit der Belagerung und Zerstörung Israels sowie mit der Tötung von Juden durch jihadistische Kämpfer:



„Oh Juden! Wir haben Palästina nicht für einen Moment vergessen (...) Bald (...) werdet ihr die Märsche der Mujahidin hören (...) Sie werden ihre Schwerter und Messer auf euch legen, euch mit ihren Stiefeln zermalmen und alles zerstören, was ihr genommen habt (...). Oh Juden, und es wird nicht euer Zuhause und euer Land sein. Palästina wird nichts, als euer Grab sein und euer Herr hat euch nur dort versammelt, dass ihr durch die Muslime getötet werdet.“⁵⁴

2020 bezeichnete der neue IS-Sprecher Abu Hamza Al-Qurashi die Eroberung Jerusalems als „eine der größten Hoffnungen und wichtigstes Ziel des Jihads“ und forderte zu verstärkten Angriffen gegen Israel bzw. „die Juden“ auf.⁵⁵ Das Ziel der transnationalen Jihadisten, Juden weltweit zu bekämpfen, wird auch anhand der Glorifizierung von Angriffen durch mit IS verbundenen Jihadistenorganisationen, wie sie 2016 etwa in Ägypten verübt wurden, deutlich:

„Die Mujahidin führten eine Operation, als Reaktion auf den Aufruf des „Befehlshabers der Gläubigen“ [Abu Bakr al-Baghdadi], aus, um die Juden überall zu treffen. Sie verübten einen Anschlag auf einen Bus mit jüdischen Touristen auf der al-Haram Straße in Giza (...) und waren erfolgreich in der Tötung und Verletzung zahlreicher Juden.“⁵⁶

Die Vernichtung Israels ist für „Al-Qaida“, IS und andere jihadistische Gruppen nicht allein Rhetorik, sondern auch auf der Handlungsebene zentral. Dies belegen 2005 aufgedeckte Anschlagpläne auf israelische Kreuzfahrtschiffe an der türkischen Südküste. Im selben Jahr hatte Abu Mus’ab al-Zarqawi (gestorben 2006), Anführer von „Al-Qaida im Irak“, eines IS-Vorläufers, verkündet, dass er Chemiewaffen gegen Tel Aviv und andere israelische Städte einsetzen würde.⁵⁷ Zu den nach 2001 spektakulärsten Angriffen auf Juden außerhalb Israels zählen die Anschläge auf ein Hotel und ein israelisches Verkehrsflugzeug in Mombasa 2002, die Anschläge von Casablanca und Istanbul 2003 sowie die Anschläge auf dem Sinai 2004.⁵⁸ Darüber hinaus hatten „Al-Qaida“-nahe Attentäter 2002

einen Anschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge im tunesischen Djerba verübt, an dessen Planung auch ein Deutscher beteiligt war.⁵⁹ In Deutschland konnten die Sicherheitsbehörden im gleichen Jahr Anschläge der Zarqawi-nahen „Tawhid-Gruppe“ auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf vereiteln.⁶⁰

HAMAS

Die mit dem Kurzwort HAMAS bezeichnete „Bewegung des islamischen Widerstands“ wurde 1987 im Gaza-Streifen als palästinensischer Zweig der „Muslimbruderschaft“ (MB) gegründet. Die Organisation negiert das Existenzrecht Israels und strebt die „Befreiung ganz Palästinas“ durch bewaffneten Kampf sowie die Gründung eines islamistischen Staatswesens an.

In der Agenda der HAMAS finden sich neben einem starken israelbezogenen Antisemitismus auch eine Reihe klassischer antisemitischer Stereotype. Für klassische Formen von Antisemitismus steht insbesondere die 1988 veröffentlichte Charta der HAMAS. Darin findet sich – neben einer dezidiert israelfeindlichen Rhetorik – auch eine Vielzahl antisemitischer Vorurteile. Dies gilt im Besonderen für den Mythos der jüdischen Weltverschwörung. Die HAMAS-Charta unterstellt Juden, zwecks „Kontrolle über die internationalen Medien“ „mächtige materielle Reichtümer anzuhäufen“. Hiermit „lösten sie Revolutionen“ wie 1789 die Französische Revolution oder 1917 die Oktoberrevolution aus. Nicht zuletzt beherrschten sie „Geheimorganisationen“, um „die Gesellschaften zu zerstören und die Interessen des Zionismus zu verwirklichen“. Als Belege für das unterstellte Ziel der Weltherrschaft führt die HAMAS die Balfour-Deklaration von 1917, die Gründung Israels 1948 sowie die Bildung der UNO und des Sicherheitsrates an.⁶¹



Bestandteil der HAMAS-Charta ist ferner der Vorwurf einer von Juden seit jeher betriebenen „Verschwörung gegen den Islam“. ⁶² Diesbezüglich kombiniert die Charta Aussagen des Korans zu Konflikten zwischen Juden und Muslimen im Frühislam mit der politischen Bewertung des Staates Israel und der Situation der Palästinenser in der Gegenwart. ⁶³ Hierzu verwendet die Charta abwechselnd die Begriffe „Juden“, „Zionisten“ oder „Feinde“. Unter Bezug auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ wird „den Juden“ zudem unterstellt, ein Reich vom Nil bis zum Euphrat anzustreben. ⁶⁴ 2017 wurde eine Prinzipienklärung als Ergänzung zur HAMAS-Charta veröffentlicht, in der übergangsweise die Akzeptanz einer Zweistaatenlösung auf Basis der Grenzen Israels zwischen 1948 und 1967 erklärt wurde. Allerdings wird auch in dieser Erklärung als Endziel die Befreiung Palästinas erklärt – und zwar eines Palästinas zwischen dem Mittelmeer und dem Jordanfluss, ⁶⁵ welches das Territorium Israels einschließen würde. Eine Anerkennung Israels schließt das Dokument wie auch die gesamte HAMAS-Führung aus. ⁶⁶

Neben eher klassischen Formen von Antisemitismus ist die Beseitigung Israels das zentrale Ziel der HAMAS. Hierfür bedient sie sich einer – ideologisch einen permanenten „Widerstand“ (arab.: Muqawama) propagierenden – Gewaltstrategie, zu der seit 1994 auch Selbstmordanschläge gehören. Mit dem Ausbruch der „al-Aqsa-Intifada“ im September 2000 und der Verschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts hatten die Selbstmordanschläge ihres militärischen Flügels, der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“, gegen israelische Ziele erheblich zugenommen. Diese als „Martyrer-Operationen“ ⁶⁷ verbrämten Anschläge hatte die HAMAS dabei nicht auf die Gebiete des Westjordanlands und Gaza-Streifens begrenzt, sondern vor allem im israelischen Kernland ausgeführt. Die Anschläge zielten zudem nicht allein auf Militärpersonal, sondern ausdrücklich auch auf die israelische Zivilbevölkerung. ⁶⁸

Ihr terroristisches Vorgehen begründet die HAMAS durchgängig mit einem „Recht auf Selbstverteidigung“. ⁶⁹ Gewalt gegen Israel wird von sämtlichen Führungspersonen der HAMAS nicht nur ausnahmslos gerechtfertigt, sondern als eine „strategische Option“ verstanden. 2011 betonte der HAMAS-Führer im Gazastreifen Ismail Haniyeh:

„Der militärische Widerstand und der bewaffnete Kampf sind unsere strategische Wahl und unser Weg, um palästinensischen Boden vom (Mittel)Meer zum Jordan(Fluss) zu befreien und die usurpierenden Invasoren aus dem Heiligen Land Palästina zu vertreiben.“⁷⁰

Unter den Skandierungen „Tod Israel“ und „Khaibar, Khaibar, oh Ihr Juden, die Armee Muhammads kommt zurück!“ ⁷¹ schloss er 2018 abermals eine Anerkennung Israels aus und betonte ein „Palästina vom (Mittel)Meer bis zum Jordan(Fluss)“. ⁷²

In Deutschland und auch Berlin tritt die HAMAS nicht offen auf. Allerdings treffen sich ihre Anhänger in Moscheen und islamischen Zentren. Dort werden vor allem politische Netzwerke gepflegt und Spendengelder akquiriert, die den Terror der HAMAS unterstützen sollen.

„Hizb Allah“

Die Vernichtung Israels strebt auch die libanesische Gruppierung „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) an. ⁷³ Gegründet wurde die „Hizb Allah“ 1982, als Israel in den libanesischen Bürgerkrieg (1976-1989) militärisch eingriff; seitdem negiert sie das Existenzrecht Israels und propagiert den bewaffneten Kampf gegen den jüdischen Staat.

Das Ziel der Vernichtung Israels ist fester Bestandteil ihrer Strategie, die sich an dem 1979 vom „Revolutionsführer“ Khomeini propagierten anti-israelischen Kurs der Islamischen Republik Iran orientiert. ⁷⁴ In einem Programmpapier der „Hizb Allah“ von 1985 heißt es dazu unmissverständlich:

■ *„Unser Kampf endet erst, wenn dieses Wesen ausgelöscht ist.“⁷⁵*



Die Vernichtung Israels steht auch im Zentrum ihrer Propaganda, zu der vor allem die Verherrlichung von Selbstmordanschlägen gehört. Diese mit Kampfslogans wie „Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren“ versehene Vernichtungspropaganda verbreitet die „Hizb Allah“ vor allem über ihren parteieigenen Fernsehsender „al-Manar“, der auch

nach dem Verbot der öffentlichen Ausstrahlung 2008 etwa über Satellit weiter in Deutschland zu empfangen ist. Der Sender wirbt für den bewaffneten Kampf gegen Israel und ruft zur Befreiung „ganz Palästinas“ auf.⁷⁶ Zentrale Bedeutung haben martialische Darstellungen der Kampfbereitschaft der Palästinenser und Libanesen sowie die Verherrlichung der – auch von der „Hizb Allah“ als „Märtyrer-Operationen“ verklärten – Selbstmordanschläge.⁷⁷



Die auf die Vernichtung Israels zielende antizionistische Grundhaltung der „Hizb Allah“ belegen zudem einschlägige Äußerungen ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah, der etwa 2003 eine mit dem Titel „Dieses Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren!“ versehene Videobotschaft veröffentlichte,⁷⁸ in der Bombenexplosionen sowie israelische Attentatsopfer

verherrlicht werden und ein explodierender Davidstern mit der Einblendung „Das nicht-mehr-Existieren Israels“ gezeigt wird.⁷⁹ 2013 betonte Nasrallah, dass

„die Eliminierung Israels nicht allein im palästinensischen Interesse ist, sondern im Interesse der gesamten muslimischen und der arabischen Welt“.⁸⁰

2019 drohte er, dass Angriffe auf den Iran die Nichtexistenz Israels zur Folge haben würde.⁸¹ Diese Vernichtungspropaganda der „Hizb Allah“ entspricht den 2005 getätigten Äußerungen des damaligen iranischen Ministerpräsidenten Ahmadinedschad, dass der Staat Israel keine Existenzberechtigung habe und aus den „Annalen der Geschichte getilgt werden“ müsse.⁸²

Zur Verschärfung ihrer obsessiven Israelfeindschaft bemüht die „Hizb Allah“ auch Stereotype des politischen und religiösen Antisemitismus. Dies betrifft etwa die Sendereihe „al-Shatat“ („Diaspora“) von 2003, die eine jahrhundertalte geheime jüdische Weltregierung unterstellt. Hierin werden das vermeintlich subversive Wirken von Juden auf Thorah und Talmud zurückgeführt und ein jüdischer Ritualmord an Kindern – eine dem christlichen Antisemitismus entlehnte Vorstellung – inszeniert.⁸³

Ähnlich wie die Anhänger der HAMAS treten auch die Sympathisanten der „Hizb Allah“ in Berlin nicht offen in Erscheinung. Regelmäßig beteiligen sie sich allerdings an der „al-Quds-Demonstration“. Offene Bekenntnisse zur „Hizb Allah“, z. B. das Zeigen von Fahnen und Symbolen, werden ihnen aber aufgrund entsprechender versammlungsrechtlicher Auflagen untersagt.

Der „al-Quds-Tag“ und andere antisemitische Demonstrationen

Seit 1979 findet der vom iranischen „Revolutionsführer“ Khomeini initiierte „al-Quds-Tag“ statt, auf dem zur „Befreiung“ der heiligen Stadt al-Quds (arab. für Jerusalem) von „zionistischer Besatzung“ aufgerufen wird. Im Libanon und in der Islamischen Republik Iran wird der „al-Quds-Tag“ mit Massendemonstrationen und Militärparaden begangen, auf denen die „Befreiung Jerusalems“ mit der

militärischen Drohparole „Wir kommen!“ unterlegt ist. Ideologischer Kern des „al-Quds-Tages“ sind Aufrufe zur Solidarität gegenüber „entrechteten Völkern“, insbesondere den Palästinensern, weltweite Aufrufe zu nationaler Befreiung im Sinne der Iranischen Revolution 1979 sowie eine aggressive Vernichtungsrhetorik gegen Israel und die USA. Mehrfach beschwor etwa der ehemalige iranische Ministerpräsident Ahmadinedschad den Untergang des „zionistischen“ und „künstlichen Gebildes“ Israel:

„Der al-Quds-Tag muss eine Arena für den Kampf gegen den Teufel und ebenfalls der Tag der Säuberung der menschlichen Gemeinschaft von Zionisten sein.“⁸⁴

Auch die iranischen Revolutionsgarden („Pasdaran-e enqelab“) propagieren anlässlich des „al-Quds-Tags“ die Vernichtung Israels:

„Der al-Quds-Tag ist ein praktischer Schritt zur Auslöschung und Zerstörung dieses Krebsgeschwürs. Ohne Zweifel ist das Schicksal des künstlichen und unmenschlichen zionistischen Regimes der Niedergang und die Vernichtung.“⁸⁵



In Deutschland wird der alljährliche „al-Quds-Tag“ aktuell von regimetreuen Iranern, Anhängern der „Hizb Allah“ und Palästinensern⁸⁶ sowie von einzelnen Vertretern deutscher linksextremistischer Gruppen⁸⁷ dominiert. Dabei wurden bei den entsprechenden Demonstrationen in Berlin in der Vergangenheit immer wieder Symbole der „Hizb Allah“ und Porträts ihres Generalsekretärs Nasrallah gezeigt sowie israelische und amerikanische Fahnen verbrannt. In der Folge wurde diese Demonstration konsequenter beauftragt und polizeilich eng begleitet. Offene Gewaltaufrufe bleiben seitdem weitgehend aus. Der israelfeindliche

Kontext der Demonstration kommt allerdings immer wieder zum Vorschein. So wurden auf dem „al-Quds-Tag“ 2019 Plakate der jemenitischen Huthis gezeigt, die mit „Allahu akbar (Gott ist groß) – Tod Amerika – Tod Israel – Verdammte die Juden – Sieg dem Islam!“ versehen waren.

Der Einfluss der „Hizb Allah“ auf den „al-Quds-Tag“ ist sukzessive zurückgegangen, und die Veranstaltung ist verstärkt zu einer Demonstration für palästinensische Belange geworden. Für die Organisation der „al-Quds-Demonstrationen“ sind nach wie vor Kreise verantwortlich, die – wie das „Islamische Zentrum Hamburg“ und die „Quds-AG“ – ideologisch und organisatorisch der Islamischen Republik Iran nahestehen bzw. ihr unterstellt sind.

Auch zu anderen Anlässen gibt es antisemitische Parolen und Symbolik – vor allem im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts wie auf Demonstrationen gegen die von den USA 2017 vollzogene Anerkennung Jerusalems als alleinige Hauptstadt des jüdischen Staates, gegen das 2018 verabschiedete neue „Nationalitätengesetz“ Israels sowie gegen den fortgesetzten israelischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten. Antisemitische Parolen und Symbolik gab es auch auf Kundgebungen gegen den israelischen Unabhängigkeitstag und auf Demonstrationen gegen kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Israel und der HAMAS. Hier wurden sowohl antisemitische Plakate gezeigt und judenfeindliche Slogans skandiert als auch – wie 2017 mehrfach der Fall – Träger israelischer Fahnen attackiert. Darüber hinaus wurden Slogans wie „Tod den Juden!“, „Tod Israel!“ oder „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf‘ allein!“ skandiert. Häufig wurden Juden, der Staat Israel, die zionistische Bewegung sowie der Umgang Israels mit den Bewohnern des Gazastreifens mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt („Nazimörder Israel“; „Zionisten sind Faschisten“, „Stop Holocaust in Gaza“).

„Hizb ut-Tahrir al-islami“

Die 1953 in Jordanien gegründete arabische „Hizb ut-Tahrir al-islami“ (HuT) ist eine pan-islamistische Bewegung, die eine auf Herrschaftskonzepten des Mittelalters basierende universelle Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebt. Ziele der Organisation sind der Sturz vermeintlich apostatischer Regierungen im Nahen und Mittleren Osten,⁸⁸ die Schaffung einer weltweiten Kalifatsherrschaft, die Einführung der Scharia sowie die Vernichtung des Staates Israel.

Das Verhältnis der HuT zu Juden und zu Israel ist hochgradig aggressiv und reicht bis zur unzweideutigen Aufforderung zur Tötung von Juden und zur Zerstörung des Staates Israel. Ihre Polemik weist sämtliche Elemente des religiösen, politischen und israelbezogenen Antisemitismus auf: Die „dreckigen Juden“⁸⁹ stellten die „niedrigste Schöpfung Gottes auf der Erde“ dar.⁹⁰ Sie seien die Brüder „von Affen und Schweinen“⁹¹ sowie eine „Sippe, die Schrecken verbreitet, grausam ist, die ihr Wort nicht hält, Vereinbarungen bricht sowie Lügen und Verleumdungen verbreitet“.⁹² Diese Stereotype verbrämt die HuT zudem pseudoreligiös, konstruiert eine historische Feindschaft der Juden gegenüber dem Islam und verbietet Muslimen jeglichen Kontakt:

„Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen.“⁹³

Ferner wird dem israelischen Staat grundsätzlich das Existenzrecht abgesprochen. Für die HuT ist Israel ein „Verbrechen an der Menschheit“, das „keine Legitimationsgrundlage“ besitze.⁹⁴ Wie andere islamistische Organisationen behauptet sie, dass Palästina unveräußerliches und unteilbares „muslimisches Land“ sei, welches das gesamte historische Palästina,⁹⁵ d. h. auch Israel in den Grenzen von 1967, umfasse. Mit dem Schlachtruf „Ihr sollt das hässliche Judengebilde vernichten“ verbindet die Organisation Aufforderungen zur

Zerstörung Israels: „Aufs neue wiederholen wir die unabdingbare islamische Pflicht: Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad. Allah der Erhabene befiehlt.“⁹⁶ Der HuT zufolge sei „jeder in Palästina lebende Jude ... ein Ziel des Jihad“.⁹⁷ Diese Aufrufe werden als religiöse Verpflichtung zum militanten Jihad deklariert.⁹⁸ Den Jihad erhebt die Organisation zu einer offensiven Kampfform, die eine vermeintlich individuelle Pflicht eines jeden Muslims bilde und die zur Tötung von Juden und zum Zwecke des Offensivkrieges gegen Israel anzuwenden sei.⁹⁹ Wie andere islamistische Gruppen erklärt die HuT zudem Selbstmordanschläge für islamrechtlich legitim¹⁰⁰ und verbrämt sie als „Märtyreraktionen“.¹⁰¹ Ferner rechtfertigt sie „Millionen von Märtyrern“ zum Zwecke der Tötung von Juden¹⁰² und fordert muslimische Armeen zur Bekämpfung Israels.¹⁰³ 2017 propagierte sie eine „Armee des Kalifats“ zur „Beseitigung des zionistischen Gebildes“: „Ihr Muslime! Armeen in den Ländern der Muslime. Wir sind uns sicher, dass wir das jüdische Gebilde mit den Wurzeln ausreißen werden, so seid die Armee, die das vollzieht.“¹⁰⁴

Aufgrund der massiven antisemitischen Hetze der Organisation erließ der Bundesminister des Innern 2003 ein Betätigungsverbot,¹⁰⁵ das das Bundesverwaltungsgericht 2006 bestätigte.¹⁰⁶ 2012 wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage der HuT mit der Begründung ab, dass die Organisation „das Existenzrecht des Staates Israel negierte und zu dessen Zerstörung sowie zur Tötung von Juden aufrief.“¹⁰⁷ Seit ihrem Verbot tritt die HuT in Deutschland nicht mehr offen auf. Ihre Anhängerinnen und Anhänger treffen sich auch in Berlin allerdings nach wie vor in Privatwohnungen und im Rahmen geschlossener Veranstaltungen. Speziell über das Internet wird zudem weiterhin die Ideologie der HuT und damit auch ihr Antisemitismus verbreitet. Die entsprechende Propaganda richtet sich explizit auch an die deutschsprachigen Anhängerinnen und Anhänger der HuT, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die HuT keinem europaweiten Betätigungsverbot unterliegt.

„Muslimbruderschaft“

Die 1928 in Ägypten gegründete pan-islamistische „Muslimbruderschaft“ (MB) ist die älteste und zugleich bedeutendste arabische islamistische Gruppierung, die Vorbild für zahlreiche islamistische Gruppen war. Klassische antisemitische Propaganda verbreitete die als Mutterorganisation fungierende ägyptische MB vor allem in ihrer terroristischen Phase zwischen den 1940er und 1970er Jahren. Dies gilt insbesondere für Sayyid Qutb (1906-1966), den ideologischen Wegbereiter des modernen antisemitisch geprägten Islamismus und des zeitgenössischen militanten Islamismus.¹⁰⁸

Über Erscheinungsformen des klassischen Antisemitismus hinaus propagiert die MB heutzutage auch die Beseitigung Israels. Zwar lehnt die Organisation seit den 1970er Jahren Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele weitgehend ab. Dies gilt aber nicht für den israelisch-palästinensischen Konflikt, für den sie den militanten Jihad für legitim erklärt und mit einer Verteidigungssituation der Palästinenser rechtfertigt. Führende MB-Vertreter verneinen das Existenzrecht Israels, befürworten die Bekämpfung des jüdischen Staates und rechtfertigen Jihad und Selbstmordanschläge mit dem vermeintlich militärischen Charakter der israelischen Gesellschaft und mit der militärischen Unterlegenheit der Palästinenser. 2006 sah der damalige „Oberste Führer“ der ägyptischen MB, Muhammad Mahdi Akif (amtierend 2004 bis 2010), „für Israels Existenz in der Region keinen Grund“ und kündigte die Annullierung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages nach einer Machtübernahme der MB in Ägypten an.¹⁰⁹

Exemplarisch für den auf die Beseitigung Israels zielenden Antizionismus der MB ist Yusuf al-Qaradawi, einer der wichtigsten Ideologen des zeitgenössischen legalistischen Islamismus, der auch die Gewaltstrategie der HAMAS islamrechtlich legitimiert. Er erklärt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel¹¹⁰ und jeglichen Umgang mit seinen Bürgern islamrechtlich für verboten¹¹¹ und befürwortet die Terrorisierung und Vertreibung von Israelis aus ihrem

eigenen Staat.¹¹² Zu diesem Zweck sei Gewaltanwendung gegen Israel¹¹³ ebenso legitim wie die Methode der Selbstmordanschläge,¹¹⁴ die er islamrechtlich als vermeintlich legitime „Märtyrer-Operationen“ verbrämt.¹¹⁵ Auch 2013 befürwortete er ausdrücklich den militanten Jihad und plädierte für eine Befreiung des gesamten historischen Palästinas einschließlich des Territoriums des heutigen Israels:

„Unser ganzer Ehrgeiz ist es »auf dem Wege Gottes« und für ein langes Leben in Palästina zu sterben... Unser Wunsch sollte sein, dass wir den Jihad bis zum Tode führen... Wir sollten danach streben, Palästina zu befreien, ganz Palästina, Zoll für Zoll.“¹¹⁶

In Deutschland gilt der „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG, ehemals: „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)) als wichtigste und mitgliederstärkste Organisation von MB-Anhängern. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin. Er ist – wie alle der MB nahestehenden Organisationen in Deutschland – Teil eines europäischen Geflechts von Institutionen, das die Strukturen der MB außerhalb ihres islamischen Kernraums prägt. Es gehört zur Strategie der MB in Europa, ihre islamistischen Vorstellungen vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Gezielt wird zudem die Nähe zu öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen gesucht. Um das auf diesem legalen Weg verfolgte Ziel, der Einflussnahme und dem Werben für eigene politische Ziele nicht zu gefährden, äußern sich MB-Anhänger in Deutschland und auch Berlin offen nicht antisemitisch. Nach wie vor werden in MB-Kreisen allerdings die Vordenker der Muslimbruderschaft – Sayyid Qutb oder Yusuf al-Qaradawi – einschließlich ihrer antisemitischen Propaganda gelesen und verbreitet.

„Millî Görüş-Bewegung“

Die nicht-gewaltorientierte türkische „Millî Görüş („Nationale Sicht“-Bewegung“ (MGB) wurde in den 1970er Jahren von Necmettin Erbakan gegründet. Erbakans 1991 veröffentlichtes Buch „Gerechte (Wirtschafts-) Ordnung“ trägt bereits deutlich antisemitische Züge. In der Türkei herrsche eine „Sklavenordnung“, hinter der der „Zionismus“ stehe, dessen „Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wall Street befindet“.¹¹⁷ Überall versuchten Zionisten „die Welt zu beherrschen“, da sie „die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt“ ansähen. Zerrbilder vom „Weltzionismus“ und vom „geheimen Weltstaat“ der Juden finden sich vor allem in der als inoffizielles Sprachrohr der „Millî Görüş“ fungierenden Tageszeitung „Millî Gazete“. Hierin wird Juden unterstellt, eine „Neue Weltordnung der Zionisten“ zu schaffen und sich die Herrschaft über die muslimischen Länder und deren Erdölreserven zu sichern. Juden werden zudem bezichtigt, die Anschläge des 11. September 2001 in Auftrag gegeben zu haben, um Christen gegenüber Muslimen einzunehmen und muslimische Staaten mittels Anti-Terrorkampf zu unterwerfen.¹¹⁸

Zum Vorwurf der „jüdischen Weltverschwörung“ gehört darüber hinaus die Unterstellung, Juden errichteten ein vom Nil bis zum Euphrat reichendes „Groß-Israel“, das vor allem auf die Unterdrückung der Nachbarstaaten abziele.¹¹⁹ Israel wird als „Kriegsstaat“¹²⁰ diffamiert und sein Existenzrecht mit Bezeichnungen wie „Terrororganisation“¹²¹ oder „Terrorgruppe Israel“ delegitimiert.¹²² Ferner wird behauptet, Israel verübe in der Auseinandersetzung mit den Palästinensern gezielt Kindermorde,¹²³ um den Opfern Organe zu entnehmen und damit Handel zu treiben.¹²⁴ Darüber hinaus finden sich bei der „Millî Görüş“ Belege für die Relativierung und Leugnung des Holocaust sowie für das Merkmal der Täter-Opfer-Umkehr. So werden Juden beschuldigt, Hitler selbst an die Macht gebracht zu haben, um im historischen Palästina den Staat Israel zu gründen.¹²⁵ Ferner wird der Holocaust als „Lüge“ und „Legende“ bezeichnet, die vor allem die Kaschierung des von Israel an Palästinensern verübten Unrechts zum Zweck hätte.¹²⁶

Auch nach Erbakans Tod 2011 propagieren Anhänger der „Saadet Partisi“ (SP) und die „Millî Gazete“ weiter dessen islamistische Ideologie und Antisemitismus. Eine Kolumne von 2015 führt etwa wirtschaftliche Missstände in der Türkei auf die Herrschaft von „Zinswirtschaft“ und „Monopolkapital“ zurück, hinter der „200 jüdische Familien in den USA“ stünden.¹²⁷ In Kommentaren ist ferner von einer auf die „Weltherrschaft“ abzielenden „zionistischen Ideologie“¹²⁸ Israels die Rede, das zum eigenen „Vorteil Palästinenser jahrelang unterdrückt“¹²⁹ und die Region „in ein blutiges Gewässer verwandelt“ habe.¹³⁰

In Berlin ist die „Millî Görüş-Bewegung“ mit etwa 500 Anhängerinnen und Anhängern die zahlenmäßig größte Organisation des legalistischen Islamismus. Hier werden u. a. die „Erbakan Stiftung“ und der „Saadet Europa Regionalverein Berlin e.V.“¹³¹ als Organisationen der MGB zugerechnet. Da sich diese Gruppierungen nach wie vor an der Ideologie Erbakans orientieren, werden auch die darin enthaltenen antisemitischen Verschwörungstheorien weitervermittelt.

5.

**Antisemitismus in extremistischen
Bestrebungen ausländischer
Organisationen (ohne Islamismus)**

5. Antisemitismus in extremistischen Bestrebungen ausländischer Organisationen (ohne Islamismus)

Auch bei nicht-islamistischen extremistischen Organisationen aus dem Ausland finden sich antisemitische Positionen. Das Ausmaß des Antisemitismus an der jeweiligen Ideologie ist dabei abhängig von den zentralen Punkten der politischen Agenda. Während Antisemitismus bei einigen Organisationen eine untergeordnete Rolle spielt, ist er bei anderen ein dominierender Bestandteil der Ideologie.

„Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)



Die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) gehört zu den ältesten extremistischen palästinensischen Gruppen. Die Organisation wurde 1967 nach der arabischen Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel gegründet. Sie strebt die Beseitigung des jüdischen Staates durch den bewaffneten Kampf

an. Den 1993 begonnenen Friedensprozess von Oslo und die Kooperation der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ mit Israel lehnt die PFLP ab. Sie steht damit auch im Widerspruch zur Politik der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), der sie gleichwohl seit 1971 angehört. Sowohl die EU als auch die USA führen die PFLP auf ihren Listen terroristischer Organisationen.

Die PFLP bekannte sich ursprünglich zu marxistisch-leninistischen Grundsätzen und ist zusammen mit ihrer Ausrichtung am arabischen Nationalismus säkular ausgerichtet. Hauptziel der Organisation ist ein demokratischer palästinensischer Staat (sozialistischer Prägung) in den Grenzen des historischen Palästinas mit Jerusalem als Hauptstadt. Dieses Ziel soll durch die Beseitigung der „zionistischen Besatzung“ in einem „vom (Mittel-) Meer zum (Jordan) Fluss“ reichenden Gebiet verwirklicht werden.

Dementsprechend ist israelfeindlicher Antisemitismus fester Bestandteil der PFLP-Propaganda. Israel wird als „zionistisches Gebilde“,¹³² als „zionistischer Feind“ oder als „israelischer Feind“¹³³ bezeichnet. Anschläge gegen Israel und seine Staatsbürger werden als legitimer Widerstand verbrämt und Attentäter der PFLP, darunter auch Selbstmordattentäter, als „Märtyrer“ glorifiziert.

2017 bezeichnete Rafik Ibrahim, Sprecher der PFLP, Israel als „zionistisches Gebilde“ und verherrlichte Anschläge und Selbstmordanschläge:

*„Was man im Jahr 2000 erreicht hat, war wahrhaftig der erste Schlag, der die zionistische Existenz ins Wanken gebracht hat. Deshalb lehren heutzutage die Kampferfahrungen und die Waffen des Widerstandes das zionistische Gebilde das Fürchten. Das Gebilde weiß schon, dass der Widerstand während der vergangenen siebzehn Jahre sein Potenzial mehrfach gesteigert hat. Es lebe der palästinensische und libanesischen Widerstand, Ehre und Verewigung gebühren den Märtyrern, Tod den Zionisten und Sieg dem Widerstand“.*¹³⁴

Regelmäßig wird zudem auf Veranstaltungen der Anspruch auf das gesamte historische Palästina einschließlich des israelischen Staatsgebietes erhoben. In einem 2013 veröffentlichten Video animierte ein führendes Mitglied der PFLP seine Zuhörer, den englischsprachigen Refrain „Palestine will be free – from the river to the sea“ („Palästina wird frei sein – vom [Jordan-]Fluss bis zum [Mittel-]Meer“) zu skandieren.

Auch in Berlin versucht die PFLP im Rahmen von Demonstrationen, Vorträgen, Diskussionsrunden oder Konzerten ihre israelfeindliche Weltansicht zu verbreiten. 2019 waren verschiedene PFLP-Aktivist:innen zu entsprechenden Veranstaltungen eingeladen, um über den „Kampf gegen Israel“ zu referieren. Beispielsweise sollte die palästinensische PFLP-Aktivistin Ramea Odeh am 15. März 2019 eine Rede in Berlin halten. Odeh war 1970 in Israel wegen Beteiligung an einem Bombenanschlag am 21. Februar 1969 auf einen Supermarkt in Jerusalem zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden und neun Jahre später aufgrund eines Gefangenenaustauschs freigekommen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport verbot den geplanten Auftritt. Odeh wurde untersagt, sich in Berlin politisch zu betätigen. Im Juni 2019 wurde gegen einen kanadischen Staatsbürger eine Beschränkung seiner politischen Betätigung verhängt. Er hatte sich in der Vergangenheit mehrfach antisemitisch geäußert und sich bundesweit an Aktivitäten der PFLP beteiligt. Am 22. Juni 2019 sollte er in Berlin als Referent bei einer Veranstaltung „Palästina und die Araber – amerikanischer Deal des Jahrhunderts vom Kompromiss bis zur Liquidation“ auftreten. Der Auftritt wurde durch eine entsprechende Verbotserlassung untersagt.¹³⁵

„Ülkücü“-Bewegung

Antisemitismus findet sich auch bei rechtsextremistischen Türken, deren nationalistische und rassistische Ideologie in Deutschland im Wesentlichen vom Dachverband „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (ADÜTDF)¹³⁶ und von überwiegend unorganisierten Jugendlichen vertreten wird. Die Anhänger der Bewegung sind als „Graue Wölfe“ oder „Ülkücü“-Bewegung bekannt und bezeichnen sich selbst als Idealisten („Ülkücü“). In Berlin treten sie kaum offen in Erscheinung. Am Rande von pro-kurdischen Demonstrationen provozieren „Ülkücü“-Anhänger allerdings mit ihren Slogans und Symbolen.

Die nationalistisch-rassistische „Ülkücü“-Ideologie basiert auf einem Überlegenheitsanspruch des Türkentums und der türkischen Nation gegenüber anderen Ethnien, Nationen und Religionsgemeinschaften. Zum übersteigerten Nationalismus der Bewegung gehören daher eindeutig rassistische und antisemitische Einstellungen. Nihal Atsız, einer der bedeutendsten sich offen als Rassist bekennenden Ideologen der „Ülkücü“ in der Türkei, erklärte 1941 eine Vielzahl von Völkern zu den Feinden der Türken; die Juden jedoch bildeten für ihn „den heimlichen Feind aller Völker.“

Wie andere extremistische Gruppen bedient die „Ülkücü“-Bewegung mittels Verschwörungstheorien klassische antisemitische Stereotype und Ressentiments. Zentral ist das Negativklischee vom Judentum als subversive Macht, das die Weltherrschaft anstrebe. Allerdings tragen die in Deutschland organisierten rechtsextremistischen Türken ihren Antisemitismus selten nach außen. Eine Ausnahme ist ihre noch heute offene Verehrung von Nihal Atsız, die auch mittelbar dessen Antisemitismus repräsentiert. So veröffentlichte die ADÜTDF 2019 auf ihrer Facebook-Seite anlässlich seines Todestages eine Gedenkanzeige mit der Unterzeile „11. Dezember 1975. Hüseyin Nihal Atsız. Wir gedenken mit Segen und Dankbarkeit.“¹³⁷

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Die „Partiya Karkerên Kurdistan“ (PKK) wurde 1978 vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen Konflikts der im Ländereck Türkei, Iran, Irak und Syrien lebenden 25 Millionen Kurden im Südosten der Türkei gegründet. Ziel der Organisation ist die Anerkennung der Kurden als Nation sowie die Erlangung politischer Autonomie für die kurdische Minderheit innerhalb der Türkei. Die Partei ist eine hierarchisch organisierte Kaderpartei, die ihre Kämpfer als „Märtyrer“ verehrt und einen ausgeprägten Personenkult um ihren Führer Abdullah Öcalan pflegt, der auch nach zwanzigjähriger Inhaftierung immer noch als ihre unumstrittene Leitfigur gilt. Von 1984 bis 1999 führte die PKK in der südöstlichen Türkei einen Guerillakrieg für ein unab-

hängiges Kurdistan. 1992 und 1993 verübten Anhänger der PKK in Deutschland Brandanschläge auf türkische Einrichtungen; bei Demonstrationen kam es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die PKK ist auf der europäischen Liste der terroristischen Organisationen („EU-Terroristenliste“) verzeichnet und in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegt.

Antisemitismus ist kein fester Bestandteil der Ideologie der links-extremistisch-nationalistischen PKK. Antisemitische Denk- und Begründungsmuster finden sich allerdings bei ihrem Anführer Öcalan. Dieser führt etwa den einer politischen Unabhängigkeit der Kurden entgegenstehenden türkischen Nationalismus vor allem auf den Einfluss der Juden zurück.

2008 bezeichnete Öcalan den seit der Gründung der Türkei 1923 herrschenden türkischen Nationalismus als den wichtigsten Hinderungsgrund für ein unabhängiges Kurdistan. Dieser türkische Nationalismus stünde allerdings unter dem Einfluss ausländischer Kräfte, insbesondere der Juden:

„Der türkische Nationalismus wird von ausländischen Kräften entwickelt. Dieser falsche türkische Nationalismus hat nichts mit den Türken zu tun. Es sind die Juden, die die Entwicklung dieses falschen Nationalismus beeinflussen.“¹³⁸

Darüber hinaus bezichtigte er die Juden, einen weltweiten Kapitalismus zu steuern und damit in verschiedenen Ländern nationalistische Tendenzen zu verstärken. In Deutschland hätten sie damit letztendlich eine Entwicklung beeinflusst, die 1933 Hitler an die Macht gebracht habe:

„Auch die Juden spielten bei der Entwicklung d[...].es Nationalismus eine sehr wichtige Rolle. Sie gaben dem Nationalismus eine Richtung vor. Das ist immer noch so. Deshalb sagen auch manche, die Juden regierten die Welt, nein, das ist nicht richtig. Der Kapitalismus regiert die Welt, aber er regiert sie mit Hilfe der Juden. Und die Juden haben einen strengen Zionismus entwickelt. [...] Die Juden haben, indem sie diese Ideen auch den Deutschen suggeriert haben, Hitler hervorgebracht. [...] Auch in der Türkei sind diejenigen, die den Nationalismus weiterentwickeln, die Juden.“¹³⁹

2014 beschuldigte er Israel, für die Anschläge der jihadistischen Organisation „Islamischer Staat“ (IS, bis 2014 als ISIS bezeichnet) im türkischen Suruç verantwortlich zu sein und in Südostanatolien ein weiteres Israel errichten zu wollen, das sich des Bodens und der Wasservorräte der dortigen Bevölkerung bemächtigte; der IS sei im Ganzen ein Projekt des Staates Israel:

„Die Absicht ist, ein Israel in dem Gebiet zu errichten. (...) Es gab immer den Wunsch [auch] dort ein Israel zu gründen. (...) Niemand kann sich der Politik Israels widersetzen. (...) ISIS ist ein israelisches Projekt.“¹⁴⁰

6.

**Antisemitismus
im linksextremistischen Spektrum
Berlins**

6. Antisemitismus im linksextremistischen Spektrum Berlins

Antisemitismus ist kein konstituierender Bestandteil linksextremistischer Ideologie und damit auch nicht der linksextremistischen Szene Berlins. Gleichwohl finden in Teilen der Szene Antisemitismus, vor allem aber Israelfeindlichkeit, durchaus Zustimmung.

Das prägnanteste Beispiel dafür war die anti-imperialistische Gruppierung „Jugendwiderstand Berlin“, die sich 2019 aufgelöst hat. Die Gruppierung provozierte mit israelfeindlichen Kommentaren und Solidaritätsbekundungen für palästinensische Terrororganisationen. So protestierte „Jugendwiderstand Berlin“ anlässlich der an-

gekündigten Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA gemeinsam mit Anhängern radikal-islamistischer Gruppierungen wie HAMAS und „Hizb Allah“. Über die Sozialen Medien forderte die Gruppierung wiederholt „Tod dem Zionismus“ und verkündete, es sei eine „besondere Ehre“ gewesen, anlässlich einer Veranstaltung zum 50. Jahrestag der PFLP-Gründung¹⁴¹ eine Rede halten zu dürfen. Als „proletarische Internationalisten“ stehe die Gruppierung „fest an der Seite des palästinensischen Volks in seinem gerechten Kampf gegen Zionismus und Imperialismus“.¹⁴² Stellungnahmen der Gruppierung enthielten regelmäßig Slogans wie „Fick Israel und die USA“.



Auch im Zusammenhang mit der seit 1996 jährlich in Berlin veranstalteten Demonstration zum „al-Quds-Tag“ kam es in jüngerer Vergangenheit wiederholt zu antisemitischen Äußerungen einzelner linksextremistischer Akteure. So führten 2014 die damaligen Eskalationen im Israel-Palästina-Konflikt zu einer verstärkten Mobilisierung des „anti-imperialistisch“ ausgerichteten (pro-palästinensischen) Spektrums, insbesondere durch die 2016 aufgelöste, dem Autonomen Spektrum zuzurechnende „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB). Dieses Spektrum führte schließlich eine eigene Kundgebung am Vortag der „al-Quds-Demonstration“ mit 250 Teilnehmenden durch.

Antisemitische Äußerungen im Rahmen dieser Veranstaltung provozierten im Nachgang jedoch zum Teil heftige Diskussionen innerhalb der linksextremistischen Szene Berlins und führten in den Folgejahren zu einem Rückgang linksextremistischer Beteiligung an der Demonstration. Diese Ereignisse können insofern als Beleg dafür gewertet werden, dass auch das „anti-imperialistisch“ ausgerichtete Spektrum gegenüber Antisemitismus aktuell weitgehend eine „rote Linie“ zieht. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Grenze zwischen „Israelfeindlichkeit“ und „Antisemitismus“ in diesem Spektrum klar definiert ist.

Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Solidarisierung von Teilen des linksextremistischen Spektrums mit der Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS). Auch hier sind es insbesondere „anti-imperialistische“ Gruppierungen, die die Kampagne als Möglichkeit betrachten, palästinensische Anliegen zu unterstützen. Tatsächlich nahm die BDS-Bewegung am 1. Mai 2018 im sogenannten Internationalistischen Block an der 16 Uhr- sowie



der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“ („18 Uhr-Demonstration“) teil. Dies führte zu zum Teil heftigen und ablehnenden Szenereaktionen. Von überwiegenden Teilen des Berliner Linksextremismus wird die BDS-Bewegung insbesondere wegen einer nicht trennscharfen Differenzierung zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus abgelehnt.

In den genannten Beispielen und szeneeinternen Reaktionen darauf zeigt sich, dass in der linksextremistischen Szene Berlins zum gegenwärtigen Zeitpunkt dezidiert antisemitische Haltungen und Äußerungen mindestens nicht unwidersprochen bleiben, zum Teil heftige Kontroversen auslösen und nicht breit vermittelbar sind.

7.

Gegenmaßnahmen

7. Gegenmaßnahmen

Die Ausführungen in dieser Broschüre zeigen, wie eng die Verbindungen zwischen politischem Extremismus und Antisemitismus sind. Speziell im rechtsextremistischen und im islamistischen Spektrum gehören Antisemitismus und Israelfeindschaft zum ideologischen Kernbestand. Das stetige Bedienen judenfeindlicher Klischees, die Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien oder auch die Aufrufe zur Vernichtung Israels sind die aktuellen Erscheinungsformen einer bereits seit Jahrhunderten existierenden Judenfeindschaft. Verfassungsfeinde entwickeln und verbreiten auf diese Weise Zerr- und Feindbilder von Jüdinnen und Juden, dem Judentum und dem Staat Israel.

Ihren Hass auf alles Jüdische verbreiten Verfassungsfeinde aktuell vor allem im Internet – auf diversen Websites, Plattformen und Foren. Auf diese Weise finden antisemitische Vorurteile eine enorme Verbreitung und einen wachsenden Resonanzraum. Die Entgrenzung verfassungsfeindlicher Bestrebungen, insbesondere des Rechtsextremismus, führt dazu, dass der auf diese Weise geschürte Antisemitismus auch über das verfassungsfeindliche Spektrum hinaus wirkt. Vor allem über den als „legitime Kritik an Israel“ getarnten Antisemitismus suchen Verfassungsfeinde Anschluss an das nicht-extremistische Spektrum.

Dies ist in zweifacher Hinsicht eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie. Der Hass auf Israel geht Hand in Hand mit dem Hass auf „die Juden“. Auf diese Weise wird eine ganze Gruppe von Menschen zum Feindbild erklärt, entmenschlicht und herabgewürdigt. Ein Mechanismus, der mit der im Grundgesetz verankerten Menschenwürde nicht vereinbar ist. Darüber hinaus dienen israelfeindliche Stereotype aber auch als Vehikel, über das andere verfassungsfeindliche

Positionen transportiert werden. Demokratische Parteien, Politikerinnen und Politiker und auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit Israel solidarisieren, werden beleidigt, verleumdet und attackiert. Das vergiftet den demokratischen Diskurs und ist letztlich ein Angriff auf Meinungsfreiheit, Pluralismus und die Demokratie.

Antisemitismus und Israelfeindschaft sind jedoch nicht auf das verfassungsfeindliche Spektrum unserer Gesellschaft beschränkt. Die quantitative, aber auch qualitative Zunahme antisemitischer Beiträge und Kommentare im Internet ist der sichtbarste Ausdruck dafür, wie stark Antisemitismus in Teilen unserer Gesellschaft – auch jenseits des verfassungsfeindlichen Spektrums - vorhanden ist.

Dieser Befund ist auch die Grundlage für die umfassende Strategie des Berliner Senats gegen Antisemitismus. Unmissverständlich heißt es im „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“:

„Der Berliner Senat versteht die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Antisemitismus seit Generationen in der Berliner Gesellschaft weitergetragen wird, aber auch zusätzliche Facetten des Antisemitismus durch zugewanderte Menschen hinzukommen. Antisemitismus muss deswegen in jeder Form abgewehrt werden, unabhängig davon von welchen Personen oder Personengruppen er ausgeht.“¹⁴³

Die Strategie des Berliner Senats gegen Antisemitismus basiert damit auf einem umfassenden Ansatz, in den ganz verschiedene politische Handlungsfelder einbezogen werden. Im Einzelnen sind das die Handlungsfelder „Bildung und Jugend“, „Justiz und Innere Sicherheit“, „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“, „Wissenschaft und Forschung“ und „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“. Die dort definierten Ziele und Maßnahmen reichen von der Aufklärung und Fortbildung aller Lernenden und Lehrenden über die Förderung unterschiedlicher wissenschaftlicher Projekte bis hin

zur Aufnahme eines Passus in Zuwendungsbescheide, der die staatliche Zuwendung an die Bedingung knüpft, dass es im Rahmen der Mittelverwendung zu keiner Diskriminierung aufgrund antisemitischer Zuschreibungen kommt.¹⁴⁴

Neben diesen umfangreichen präventiven Maßnahmen gegen Antisemitismus ist ein konsequentes Vorgehen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden die zweite unverzichtbare Säule bei der Bekämpfung des Antisemitismus. Antisemitismus muss als solcher erkannt, benannt und sanktioniert werden. Hier fällt auch dem Berliner Verfassungsschutz eine zentrale Rolle zu. Als Frühwarnsystem ist es seine Aufgabe, im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags, antisemitische Bestrebungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und Politik und Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Darüber hinaus macht der Berliner Senat auch klar, dass es in Berlin keinerlei Toleranz für Antisemitismus gibt. Antisemitische Straftaten werden konsequent verfolgt. Für öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen werden Auflagen erlassen, die das Zeigen antisemitischer Motive und Zeichen oder das Rufen entsprechender Parolen unmissverständlich untersagen. So wird von der Versammlungsbehörde regelmäßig geprüft, ob entsprechende Auflagen vor dem Hintergrund der versammlungsrechtlichen Gefahrenprognose möglich sind. Die Demonstrationen zum sogenannten „al-Quds-Tag“ werden seit Jahren entsprechend streng beauftragt. Öffentliche Auftritte von bekannten Israelfeinden und Anhängern terroristischer Organisationen werden untersagt.

Beim staatlichen Vorgehen gegen Antisemitismus kommt es auch darauf an, den Betroffenen eine Stimme zu geben und möglichst konkrete Hilfe anzubieten. Dies ist ein zentrales Anliegen des im September 2019 unter der Leitung des Innenstaatssekretärs initiierten „Runden Tisches gegen antisemitische Gewalt“. Neben Vertretern zahlreicher jüdischer Organisationen und Rabbinern sind u. a. Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Polizei und des Verfassungsschutzes daran beteiligt. Der runde Tisch soll

einen offenen und direkten Austausch zu Fällen antisemitischer Gewalt ermöglichen, konkrete Sicherheitsfragen klären und den Betroffenen Hilfestellung bieten. Dieser vertrauensvolle Austausch ist ein weiterer Baustein, um jüdische Menschen und Einrichtungen in Berlin zu unterstützen und noch besser zu schützen.

Politik und Sicherheitsbehörden haben damit umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um antisemitischen Bestrebungen in Berlin zu begegnen. Diese Maßnahmen können aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie von einer konsequenten gesamtgesellschaftlichen Ächtung jüden- und israelfeindlicher Einstellungen flankiert werden.

Jede und jeder Einzelne ist gefordert, antisemitischen Äußerungen entgegenzutreten. Wenn im eigenen Umfeld über „geheime Mächte“ geredet wird, die die Welt regieren, muss dies klar als der verschwörungstheoretische Blödsinn zurückgewiesen werden, um den es sich handelt. Wenn Kinder auf dem Schulhof in beleidigender Absicht als „du Jude“ bezeichnet werden, darf dies nicht ignoriert werden, sondern muss thematisiert und auch sanktioniert werden. Wenn hebräisch sprechende Menschen im öffentlichen Raum beleidigt oder angegriffen werden, darf dies nicht unwidersprochen bleiben. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie der Kampf gegen Antisemitismus im persönlichen Umfeld geführt werden kann.

75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz ist der Umgang mit Antisemitismus und Israelhass zum Lackmustest für unsere Demokratie geworden. Es liegt an uns allen, dass der Schwur „Nie wieder!“ mit Leben gefüllt wird. Theodor W. Adorno formulierte dies bereits 1966 wie folgt:

„Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube sie begründen zu müssen noch zu sollen.“

Anhang

Endnoten

- 1 Mitteilung des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 14.3.2019, Drs: 18/1754.
- 2 Vgl. BT-Drs: 19/444.
- 3 „Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken“: „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, veröffentlicht auf: www.holocaustremembrance.com, abgerufen am 20.1.2020.
- 4 Vgl. Benz, Wolfgang: „Antisemitismus und Antisemitismusforschung“, online veröffentlicht auf: docupedia.de, abgerufen am 20.1.2020.
- 5 Vgl. Deutscher Bundestag: „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, 7.4.2017, BT-Drs: 18/11970, S. 24 ff..
- 6 Zu den Ausführungen über ältere Ideologieformen des Antisemitismus vgl.: Deutscher Bundestag: „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, 7.4.2017, BT-Drs: 18/11970, S. 25 - 26.
- 7 Schwarz-Friesel, Monika: „Aktuelle Manifestationen von Antisemitismus: Judenhass zwischen Kontinuität und Wandel“, Vortrag in München am 25.7.2018, veröffentlicht auf www.stmas.bayern.de, abgerufen am 20.1.2020.
- 8 Vgl. BT-Drs: 18/11970, S. 26 - 27.
- 9 Schwarz-Friesel, Monika: „Aktuelle Manifestationen von Antisemitismus: Judenhass zwischen Kontinuität und Wandel“, Vortrag in München am 25.7.2018.
- 10 Vgl. BT-Drs: 18/11970.
- 11 Vgl. BeckOK Grundgesetz/Hillgruber GG Art. 1 Rn. 1, 2.
- 12 Vgl. Sachs/Höfling GG Art. 1 Rn. 35.
- 13 Vgl. § 5 Abs. 1 VSG Bln.
- 14 Vgl. BVerfG, Urteil vom 17.1.2017, 2 BvB 1/13.
- 15 Benannt nach dem amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau (1891 – 1967), der jüdischen Glaubens war. Der Morgenthau-Plan vom August 1944 war ein Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Ziel war, dass Deutschland keinen Angriffskrieg mehr führen können sollte.
- 16 Die NSDAP-Aufbauorganisation wurde 1972 in Nebraska (USA) von dem deutschstämmigen Neonazi Gary Lauck gegründet. Die NSDAP-AO produziert nationalsozialistisches Propagandamaterial und vertreibt dieses weltweit.
- 17 Jochen Staat zitiert nach: Klatt, Thomas: „Propaganda gegen Israel und Juden“, veröffentlicht auf www.deutschlandfunk.de am 23.12.2015, abgerufen am 18.2.2020.
- 18 Vgl. Haury, Thomas: „Antisemitismus von links“. Facetten der Judenfeindschaft.“, Aktion Courage e. V., 2019, S. 6.
- 19 „1969: Antisemitischer Terror von Links“, in: Jüdische Allgemeine online, Artikel vom 9.4.2013, abgerufen am 23.3.2020.
- 20 Vgl. Haury, Thomas: „Antisemitismus von Links. Facetten der Judenfeindschaft“, Aktion Courage e. V., 2019, S. 17.
- 21 „Anti-Imperialisten“ nehmen an, dass die Bundesrepublik Deutschland wie die übrigen westlichen Staaten aufgrund ihrer demokratischen und kapitalistischen Verfasstheit zu politischer, wirtschaftlicher und kultureller Expansion neige. „Anti-Imperialisten“ lehnen den deutschen Staat also vorrangig wegen seines angeblich kapitalistisch-imperialistischen Charakters ab.
- 22 Verwiesen wird dabei u. a. auf Koranstellen, in denen den Juden vorgeworfen wird, den Bund mit Allah und den Muslimen gebrochen zu haben, da sie Mohammed nicht als den von Gott auserwählten Propheten anerkannt hätten.
- 23 Vgl. Sayyid Qutb: „Ma'arakatuna ma' al-yahud“ (arab., „Unser Kampf mit den Juden“), Beirut/Kairo 1973, S. 30 ff.
- 24 Charta der HAMAS, Artikel 22, zitiert nach: Baumgarten, Helga: „Hamas. Der politische Islam in Palästina“, München 2006.
- 25 Vgl. BfM: „Verfassungsschutzbericht 2018“, Berlin 2019, S. 178.
- 26 Zur rechtsextremistischen Szene in Berlin gehören verschiedene Parteien, Vereine, Netzwerke und Einzelpersonen. Dazu gehören u.a. die NPD, „Der III. Weg“, die „Identitäre Bewegung“, die Netzwerke „Freie Kräfte“, „Rechtsextremistische Musik“ und „muslimenfeindliche Rechtsextremisten“, rechtsextremistische „Reichsbürger“ und Einzelpersonen. Alle agieren und agitieren antisemitisch. Zu ihrer genauen ideologischen Einordnung im Rechtsextremismus vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Berlin.
- 27 Die „Protokolle der Weisen von Zion“ sind eines der weitverbreitetsten antisemitischen Pamphlete weltweit. Der rein fiktionale Text, der Anfang des 20. Jahrhunderts von Russland aus weltweite Verbreitung fand, dient Antisemiten sämtlicher politischer oder religiöser Richtung als Beweis für die Existenz einer „geheimen jüdischen Weltverschwörung“. Vgl. Benz, Wolfgang: „Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung“, München 2007.
- 28 Der Begriff *Hochfinanz* wurde ab den 1920er Jahren und später durch die Propaganda der Nationalsozialisten verwendet und meinte in diesem Zusammenhang vornehmlich jüdische Banker.
- 29 Rede bei der 203. BärGida am 3.12.2018 in Berlin, veröffentlicht auf YouTube am 3.12.2018, Zitat ab Minute 7:20, abgerufen am 9.1.2020.
- 30 Gemeint ist die US-amerikanische Ostküste, an der viele Finanzinstitute und die amerikanische Aktienbörse angesiedelt sind. Diese Institutionen werden aus der Sicht von Antisemiten angeblich von Juden dominiert und gesteuert.
- 31 Liedtext (Auszug) aus: „M.O.R.D“ der rechtsextremistischen Berliner Band „Die Lunikoff-Verschwörung“, CD „Öl ins Feuer“, erschienen 2017.
- 32 Schreiben einer führenden Funktionärin der „Reichsbürger“-Gruppierung „Geeinte Deutsche Völker und Stämme“ u.a. an den Weltpostverein und das Auswärtige Amt vom 9.10.2017 (Schreibweise im Original).
- 33 ARD-Sendung „Panorama“, abgerufen unter <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Plattform-fuer-Holocaust-Leugner,holocaustleugner100.html>, Stand 29.7.2015.
- 34 „Autonome Nationalisten Berlin“ in einem sozialen Netzwerk am 14.10.2015 und 15.12.2015 geteilt, Zitat, Kommentar dazu: „Wahre Worte“.
- 35 NPD Neukölln in einem sozialen Netzwerk, gepostet und abgerufen am 8.11.2017.
- 36 Das Land Berlin kündigte 2018 dem zuvor an einer Berliner Grundschule tätigen ehemaligen Lehrer. Vgl. Urteil des ArbG Berlin vom 16.1.2019, Az.: 60 Ca 7170/18.
- 37 Vgl. „Udo Voigt ehrt im Kampf gegen den IS gefallene Hisbollah-Kämpfer“, auf der Internetseite der NPD, abgerufen am 20.2.2020.
- 38 Profil von Udo Voigt in einem sozialen Netzwerk, Posting vom 28.2.2018, abgerufen am 16.1.2020.
- 39 Liedtext (Auszug) aus: „Free Palästina“ der rechtsextremistischen Berliner Band „D.S.T.“, CD „Wehret den Anfängen“, erschienen 2015. Die CD wurde 2015 durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert.
- 40 Vgl. „Abul Baraa“ (2018): „Das Übel wenn man keinen Stolz hat für seine Religion“, veröffentlicht auf YouTube, abgerufen am 13.12.2019.
- 41 Vgl. „Abul Baraa“ (2017): „Das Übel wenn man als Muslim feige ist“, veröffentlicht auf YouTube, abgerufen am 13.12.2019.
- 42 Vgl. Guido Steinberg: „Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus“, München 2005, S. 63.
- 43 Nachzulesen unter: www.fas.org/irp/world/para/docs/980223-fatwa.html.
- 44 Vgl. Aiman al-Zawahiri: „Die Treue und der Bruch“, in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.): „Al-Qaida. Texte des Terrors“, München 2006, S. 386 f.
- 45 Ebd., S. 416.
- 46 Vgl. ders.: „Ritter unter dem Banner des Propheten“, in ebd., S. 363 f.
- 47 Vgl. ders., Videobotschaft vom 11.9.2006.
- 48 Vgl. ders., Videobotschaft vom 27.7.2006.
- 49 Vgl. „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH): Inspire Nr. 11, 2013: Who & Why, S. 2.
- 50 Vgl. AQAH: Inspire Nr. 13, 2014: Neurotemsis, S. 12.
- 51 „Abtrünnige“, vermeintlich vom Glauben abgefallene.
- 52 Das auf eine religiöse Quelle zurückgehende Bild dornenbewehrter Gharqad-Bäume, hinten denen sich Juden vor Muslimen verstecken würden, verwenden verschiedene islamistische Gruppen, darunter die HAMAS in Artikel 7 ihrer Charta, um eine vermeintliche Feigheit von Juden zu belegen.

- 53 Vgl. Dabiq Nr. 2, The Flood, S. 4, 2014.
- 54 Abu Bakr al-Baghdadi (2015): "So Wait, Indeed We, Along with You, Are Waiting", abgerufen unter <https://jihadology.net/2015/12/16/new-audio-message-from-the-islamic-states-shaykh-abu-bakr-al-hussayni-al-qurayshi-al-baghdadi-so-wait-indeed-we-along-with-you-are-waiting/>, am 16.12.2019.
- 55 Vgl. Audiobotschaft Abu Hamza Al-Qurashi: „Gott hat über sie Zerstörung gebracht. Den Ungläubigen wird etwas Ähnliches widerfahren“, vom 27.1.2020.
- 56 Vgl. Dabiq Nr. 13, 2016: „The Rafidah. From Ibn Saba' to the Dajjal“, S. 16.
- 57 Vgl. Steinberg: „Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus“, München 2005, S. 136, 142.
- 58 Vgl. ebd. S. 85, 85 f., 82 f., 128 f.
- 59 Der deutsche Staatsbürger G. wurde 2009 von einem französischen Gericht wegen Beihilfe zum Mord sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 18 Jahren Haft verurteilt.
- 60 Vgl. Steinberg: „Der nahe und der ferne Feind“, S. 222.
- 61 Vgl. ebd. S. 218 f, Art. 22 der HAMAS-Charta.
- 62 Vgl. ebd. S. 211, Art. 7 der HAMAS-Charta.
- 63 Vgl. Armin Pfahl-Traughber: „Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des ‚Neuen Antisemitismus‘“, in: Martin H.W. Möllers / Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): „Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005“, S. 189-208; hier S. 192 f.
- 64 Vgl. Art. 32 der Charta, in: Baumgarten: „Hamas. Der politische Islam in Palästina“, S. 224.
- 65 Vgl. „Document of General Principles & Policies“ der HAMAS, 2017, Art. 20.
- 66 Vgl. ebd. Art. 19. Vgl. auch Khaled Mash'al: „Wir stimmen einem (palästinensischen) Staat innerhalb der vor 1967 (bestehenden) Grenzen zu, allerdings ohne Verzicht auf das restliche Palästina und ohne die Anerkennung Israels“ in: Al-Jazeera-Interview vom 10.9.2018 auf: „The Middle East Media Research Institute“ (memri), Clip-Nr. 6747, abgerufen am 11.12.2018.
- 67 Zur islamrechtlichen Legitimation von Anschlägen der HAMAS auf Zivilisten, vgl. Joseph Croitoru: „Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats“, München 2003, S. 193 ff.
- 68 Vgl. Baumgarten: „Hamas. Der politische Islam in Palästina“, S. 86.
- 69 Vgl. Croitoru: „Hamas. Der islamische Kampf um Palästina“, München 2007, S. 128 ff.
- 70 Al-Aqsa-TV vom 14.12.2011 auf: memri, Clip Nr. 3247, abgerufen am 11.12.2018.
- 71 Der Begriff Khaibar spielt auf die historische Schlacht von Khaibar (629 a.D.) an, als der Prophet Muhammad auf der Arabischen Halbinsel jüdische Stämme besiegt hatte. Das als Drohung fungierende Sinnbild der Schlacht von Khaibar wurde erstmals von der „Hizb Allah“ im Libanonkrieg 2006 verwendet.
- 72 Vgl. Haniyeh am 11.5.2019: „Never recognize Israel“ auf www.memri.org.
- 73 Die „Hizb Allah“ wurde im April 2020 durch den Bundesminister des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt.
- 74 Vgl. Esther Webman: „Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas“, 9.7.1998, in: www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=51, abgerufen am 7.2.2003.
- 75 „The Hizballah Programme“, abgerufen unter www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=409, am 2.2.2003.
- 76 Vgl. al-Manar-TV: „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ (arab.: „Masha'il ala tariq al-quds“) vom 22.1.2003.
- 77 Vgl. Croitoru: „Hamas. Der islamische Kampf um Palästina“, S. 152 ff.
- 78 Hierbei handelt es sich um ein weit verbreitetes Originalzitat von Hassan Nasrallah. Abgewandelt in „dieses Israel wird mit Gottes Hilfe aufhören zu existieren“ wird es auch von der HAMAS verwandt.
- 79 Vgl. al-Manar-TV: „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“.
- 80 Times of Israel online: „Nasrallah, in vicious public address, calls for the destruction of Israel“, vom 2.8.2013.
- 81 Vgl. Maariv Online: „Nasrallah: We are threatening them and we will enter occupied Palestine“ in: Jerusalem Post vom 28.9.2019.
- 82 Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung: „Die umstrittene Rede Ahmadinedschads“, vom 26.10.2005.
- 83 Vgl. Michael Kiefer: „Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus?“, in: Die Welt des Islams 46, 2006, 3, S. 277-306, S. 301 f.
- 84 Zitiert nach www.president.ir/fa/?ArtID=23576, abgerufen am 3.9.2010.
- 85 Zitiert nach Farsnews, 31.8.2010, abgerufen unter: www.farsnews.com/newstext.php?nn=8906090554 am 3.9.2010.
- 86 Hierzu zählen v. a. Anhänger der säkularen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP).
- 87 In den vergangenen Jahren betraf dies etwa den 2019 aufgelösten „Jugendwiderstand“.
- 88 Vgl. „Erklärung von Hizb-ut-Tahrir. Die USA und Britannien erklären dem Islam und den Muslimen den Krieg“, von einer Internetseite der HuT, abgerufen am 15.1.2003.
- 89 Vgl. „Die Kooperation mit Amerika ist eine große Sünde, die der Islam verbietet“, Flugblatt der HuT vom 18.9.2001.
- 90 Vgl. „Offener Brief der HuT an die arabischen Herrscher, die am Gipfelkongress in Kairo teilnehmen“, Flugblatt der HuT vom 19.10.2000.
- 91 Vgl. Flugblatt der HuT vom 28.2.2002.
- 92 Vgl. „Eine Deklaration der HuT-Indonesien an die Botschaften der arabischen Länder“, Flugblatt der HuT vom 2.4.2002.
- 93 „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben“ auf einer Internetseite der HuT, abgerufen am 22.11.2002.
- 94 Vgl. „50 Jahre – Happy Birthday Israel“, in einer Zeitschrift der HuT, 1998.
- 95 Vgl. „Die arabischen Gipfelkonferenzen sind Konferenzen der Verschwörung und des Verrats“, Flugblatt der HuT vom 29.3.2001.
- 96 Vgl. „Wie lange noch?“, in einer Zeitschrift der HuT, 2002.
- 97 Vgl. www.memri.org/reports/imprisoned-Hizb-ut-tahrir-austria-leader-ismail-al-whwah-whose-sermons-and-statements, abgerufen am 16.12.2019.
- 98 Hierzu zitiert die HuT Vers 191 der Koransure 2, den sie wörtlich nimmt und als eine aktuelle Aufforderung zum Kampf interpretiert („Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben!“); vgl. „Wie lange noch?“, in einer Zeitschrift der HuT, 2002.
- 99 Vgl. „Die Unausweichlichkeit des Kampfes der Kulturen - Hatmiyyat Sira' al-hadarat“, o.O. u. o.J., S. 59.
- 100 Vgl. „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben“ auf einer Internetseite der HuT, abgerufen am 22.11.2002.
- 101 Dieser Begriff ist mit dem der „Märtyrer-Operationen“ (arab.: amaliyat istishhadiya) identisch.
- 102 Vgl. „Die arabischen Gipfelkonferenzen sind Konferenzen der Verschwörung und des Verrats“, Flugblatt der HuT vom 29.3.2001.
- 103 Vgl. „Wie lange noch?“, in einer Zeitschrift der HuT 2002.
- 104 Abgerufen von einer Internetseite der HuT am 2.12.2019.
- 105 Vgl. Verbotsverfügung des BMI vom 10.1.2003.
- 106 Vgl. BVerwG 6A 6.05.
- 107 European Court of Human Rights, Application no. 31098/08.
- 108 Vgl. S. 29.
- 109 Vgl. Tageszeitung „al-Hayat“ (arab.) vom 6.10.2006.
- 110 Vgl. *Palestine Times*, August 1999 nach www.adl.org/main_ArabWorld/al_Qaradawi_report_20041110.html, abgerufen am 10.11.2004.
- 111 Vgl. al-Jazeera-TV 11.4.2001, Internetseite des israelischen Außenministeriums, nach www.adl.org/main_ArabWorld/al_Qaradawi_report_20041110.html, abgerufen am 10.11.2004.
- 112 Vgl. *Nida al-Ulama* (Ruf der Gelehrten) Nr. 1, 2. Jg., 1996.
- 113 Vgl. IslamOnline 7.2.2001 nach www.adl.org/main_ArabWorld/al_Qaradawi_report_20041110.html, abgerufen am 10.11.2004, vgl. auch ash-Sharq al-Ausat vom 17.4.2002.

- 114** Vgl. IslamOnline 7.2.2001 nach www.adl.org/main_ArabWorld/al_Qaradawi_report_20041110.html, abgerufen am 10.11.2004.
- 115** Los Angeles Times vom 27.5.2001 nach www.adl.org/main_ArabWorld/al_Qaradawi_report_20041110.html, abgerufen am 10.11.2004.
- 116** Zitiert nach memri: „Muslim Brotherhood supporters, opponents accuse each other of being Jewish“, Clip-Nr. 5657, 25.2.2014, abgerufen am 18.12.2019.
- 117** Vgl. Necmettin Erbakan: „Gerechte Ordnung“ (Adil Düzen), Ankara 1991, S. 4.
- 118** Vgl. Süleyman Arif Emre: „Schritt für Schritt in Richtung neue Weltordnung“ (türk.), in: Millî Gazete vom 20.1.2003.
- 119** Vgl. Rede von Erbakan in „Millî Gazete“ vom 10.-14.8.2006, S. 28.
- 120** Vgl. Reşat Nuri Erol: „Israel und die ‚gläubigen Muslime‘“ (türk.), in: Millî Gazete vom 5./6.8.2006.
- 121** Vgl. Ali Cura: „Stelle unsere Geduld nicht auf die Probe“ (türk.), in Millî Gazete vom 24.7.2006, S. 1, 6.
- 122** Vgl. Afet İlgaz: „Terrorgruppe Israel“ (türk.), in: Millî Gazete vom 25.7.2006, S. 4.
- 123** Vgl. Mehmut Toptaş: „Ein Land, das nichts von Politik versteht“ (türk.), in: Millî Gazete vom 26.7.2006, S. 5.
- 124** Vgl. ders.: „Wir werden nie so sein wie Israel“ (türk.), in Millî Gazete vom 25.7.2006, S. 5.
- 125** Vgl. „Die Geschichte wird neu geschrieben“ (türk.), Teil 1 und 2, in: Millî Gazete, Internetausgabe, vom 15. / 16.12.2006.
- 126** Vgl. Millî Gazete, Internetausgabe, vom 22.8.2006.
- 127** Vgl. Millî Gazete vom 13.4.2015, S. 6.
- 128** Vgl. Millî Gazete vom 10.8.2015, S. 12.
- 129** Vgl. Millî Gazete, Internetausgabe, vom 20.11.2019.
- 130** Vgl. eine der „Millî Görüş“ nahestehende Zeitschrift vom 11.3.2018.
- 131** Vormals „Saadet Deutschland Regionalverein Berlin e. V.“
- 132** Arab.: al-ka'in as-sahyuni.
- 133** Arab.: al-adu as-sahyuni bzw. al-adu al-isra'ili.
- 134** Zitiert nach „Siegfeier des ‚El-Irschad e.V.‘ am 25.5.2017 in Berlin. Video vom 25.7.2017, veröffentlicht auf einer Internetseite, auf der regelmäßig über extremistische Veranstaltungen berichtet wird.
- 135** Der Aktivist wurde am 11.2.2020 auf Grundlage von §§ 53, 54 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG ausgewiesen.
- 136** Türk.: „Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ (ADÜTDF), kurz „Türk Federasyon“.
- 137** Profil der „AlmanyaTürkFederasyon“ in einem sozialen Netzwerk, abgerufen am 11.12.2019.
- 138** Zitiert aus einer PKK-nahen Tageszeitung vom 12.4.2008.
- 139** Zitiert aus einem Monatsmagazin der PKK vom Mai 2008.
- 140** Zitiert nach Internetpräsenz ANF (engl.) vom 24.9.2014, abgerufen am 2.4.2020.
- 141** Zur PFLP s. S. 66 ff.
- 142** „Al-Quds bleibt Falastin – Berlin steht fest an der Seite Palästinas!“ auf der Internetpräsenz des Jugendwiderstands, veröffentlicht am 11.12.2017, abgerufen am 20.12.2017.
- 143** Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung: „Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“.
- 144** Vgl. ebd.

Bildnachweis

Titelbild Picture-alliance

- S. 12 Picture-alliance
- S. 16 Picture-alliance
- S. 17 Picture-alliance
- S. 32 Picture-alliance
- S. 37 Plakat der Partei „Die Rechte“
- S. 38 Abbildung auf einer Internetseite mit rechtsextremistischen Inhalten
- S. 39 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- S. 40 Plakat der Partei „Die Rechte“
- S. 44 Picture-alliance
- S. 47 Picture-alliance
- S. 49 Picture-alliance
- S. 51 Picture-alliance
- S. 54 Picture-alliance
- S. 54 Picture-alliance
- S. 56 Picture-alliance
- S. 66 Picture-alliance
- S. 74 Post in einem sozialen Netzwerk
- S. 75 Picture-alliance

Publikationsübersicht



AKTUELLER VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

Verfassungsschutzbericht 2019 (Pressefassung)

1. Auflage, Berlin 2020. 214 Seiten.



IM FOKUS

Rechte Gewalt in Berlin 2003–2012

1. Auflage, Berlin 2014
(nur im Internet abrufbar). 66 Seiten.



INFO

Islamismus

4. Auflage, Berlin 2018.
78 Seiten.



IM FOKUS

Zerrbilder von Islam und Demokratie

2. Auflage, Berlin 2016. 156 Seiten.



IM FOKUS

Linke Gewalt in Berlin 2009–2013

1. Auflage, Berlin 2015. 70 Seiten.



INFO

Rechtsextremistische Musik

4. überarbeitete Auflage, Berlin 2016.
70 Seiten.



INFO

Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus

9. überarbeitete Auflage, Berlin 2015.
42 Seiten.



INFO
Linksextremismus
1. Auflage, Berlin 2015.
66 Seiten.



INFO
Salafismus als politische Ideologie
2. Auflage, Berlin 2014
(nur im Internet abrufbar).
66 Seiten.



INFO
Rechtsextremismus in Berlin
2. Auflage, Berlin 2014
(nur im Internet abrufbar). 58 Seiten.



Verfassungsschutz Berlin:
Sicherheit Aufklärung Transparenz
Überarbeitete Neuauflage,
Berlin 2017. 52 Seiten.

Diese sowie weitere Publikationen des Berliner Verfassungsschutzes können Sie unter der rückseitig angegebenen Adresse sowie telefonisch unter (030) 90 129-440 bestellen oder im Internet unter www.verfassungsschutz-berlin.de abrufen.

Herausgeber:
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz

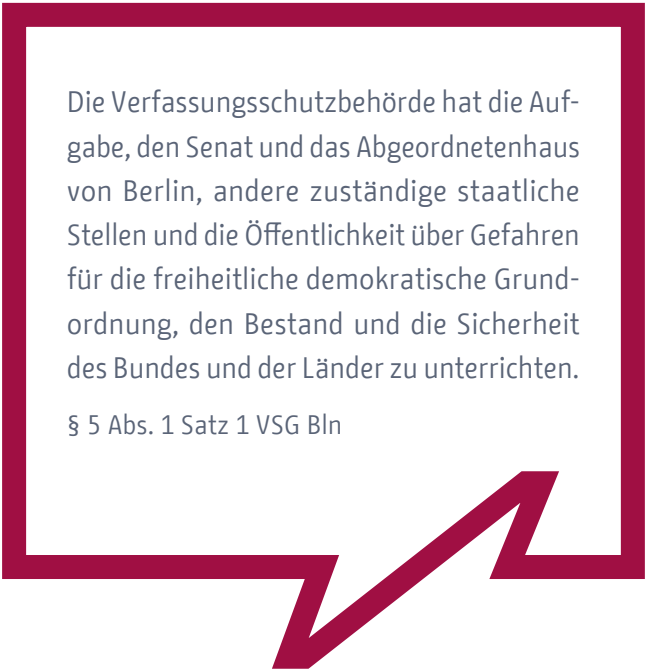
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Telefon 030 90129 – 440
Fax 030 90129 – 844
www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de

Redaktionsschluss: April 2020

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet,
Belegexemplar erbeten.

Diese Druckschrift wird von der Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Abteilung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.





Die Verfassungsschutzbehörde hat die Aufgabe, den Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin, andere zuständige staatliche Stellen und die Öffentlichkeit über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu unterrichten.

§ 5 Abs. 1 Satz 1 VSG Bln